

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (rei Haus 2 RM, (halbmonatl. 1 RM), durch die Post bezogen monatl. 2 RM, (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Vertriebsstelle u. Expedition: ulterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 299 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 699, Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schiffleitung: Dresden-L. ulterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 299 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang

Dresden, Dienstag, den 13. Dezember 1927

Nummer 289

## Brauns provoziert

### Generalstreik im Ruhrgebiet muß die Antwort der Arbeiter sein

### Das Burgerblockprogramm

#### Schlichterdiklat / Verschleppung des Achtstundentages / Betrug am Arbeiter

Die Telunion veroffentlicht heute morgen den Wortlaut des Briefes, den der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns als Antwort auf die bekannte Eingabe der Großindustriellen zur Verordnung über die Arbeitszeit in der Schwerindustrie geschrieben hat. Der Inhalt des Briefes des Burgerblockministers bestätigt, was wir bereits gesagt haben. Die wesentlichsten Punkte lassen sich in folgendem zusammenfassen:

1. Die 8-Stundentags-Verordnung wird am 1. Januar nicht in Kraft gesetzt. Die Einführung des dreifachstgen 8-Stundentages soll angeblich in 3 Etappen erfolgen.
2. Die Verordnungen, die bereits Anträge auf Hinausschieben des Inkrafttretens der Verordnung gestellt haben, bekommen für Januar ohne weiteres die Zustimmung für ihren Antrag auf Weiterführung des 12-Stundentages.
3. Brauns rechnet mit einer größeren Anzahl von Anträgen, d. h. er fordert direkt die Unternehmer auf, Anträge auf Aussetzung der Dreifachstundentagsverordnung sofort einzuziehen. Damit gibt er zu verstehen (siehe Punkt 2), daß bei einer Häufung der Anträge gar keine Prüfung beschtigt ist, sondern sie sollen den Unternehmern lediglich zur besseren "Begründung" der Ablehnung kuntlicher Arbeiterforderungen dienen.
4. Der Burgerblockminister sagt dann in seinem Brief allen Unternehmern, deren Werke angeblich eine "grundlegende Betriebsumstellung" erfordern, die Hinausschiebung der Einführung der dreifachstgen Arbeitszeit um ein volles Jahr zu.

Am Schluß des Briefes heißt es: "Dieser Bescheid verschafft den Parteien und dem Schlichter die nötige Klarheit über den am 1. Januar 1928 eintretenden Rechtszustand und ermöglicht damit die schnelle Beendigung des anhängigen Schlichtungsverfahrens." Dieser Satz ist nur als die direkte Unweilung an den Schlichter zu verstehen, einen Schiedspruch im Sinne der Scharfmacher zu fällen. Es ist aber damit zugleich eine offene Aufmunterung an die Schwerindustriellen, den Kampf gegen die Arbeiter weiterzuführen.

Die heutige Morgenausgabe des Vorwärts macht den Brief des Reichsarbeitsministers Brauns dreifach auf der ersten Seite auf und versieht ihn mit dem Untertitel: "Grundlgliche Festhalten an der Arbeitszeitverordnung - aber Nachgeben im einzelnen." Dann aber bemerkt der Vorwart: "Für die Schlichtungsverhandlungen enthält die Antwort eine prinzipielle Entscheidung: 8-Stundentag in der Schwerindustrie. Auf dieser Basis werden die Gewerkschaften weiter kämpfen. Die großen politischen Auseinandersetzungen, die durch das Ultimatum der Unternehmer heraufbeschworen sind, sind mit dieser Entscheidung des Arbeitsministeriums auf nächstes Jahr, das Wahlfahr 1928, verlagert worden. Die politische Entscheidung wird bei der Reichstagswahl fallen."

Die Stellungnahme des Vorwärts ist die offene Kapitulation der SPD-Führer vor der Provokation des Burgerblockministers und dem Diktat der Schwerindustrie. Noch immer verliert der Vorwart mit der Erklärung des Reichsarbeitsministers, prinzipiell an diesem Inkrafttreten der Verordnung vom 16. Juli festzuhalten, die Basis zu einem erbärmlichen Kompromiß zu gewinnen. Was unter dem prinzipiellen Festhalten am 8-Stundentag zu verstehen ist, haben die Erfahrungen mit der Arbeitszeitverordnung bereits einmal gezeigt. Grundlglich, in der Theorie, und auf dem Papier wird der 8-Stundentag anerkannt - in der Praxis aber wird der 10- und 12- bis 14-Stundentag durchgeführt.

Auch beim gestrigen Presseempfang durch den ADGB gab der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Reichelt, die Erklärung ab, daß die Gewerkschaftsführer über Ausnahmen mit sich reden lassen würden, wenn nur die Verordnung über das Dreifachstundensystem "grundlglich" anerkannt werde. Damit haben sich auch die Gewerkschaftsführer prinzipiell nicht nur den Wortlaut, sondern auch den Sinn des Briefes des Burgerblockministers zu eigen gemacht.

Die Metallarbeiter sollen nicht nur um den 8-Stundentag, sondern auch um den Lohnausgleich und die fällige Lohnenerhohung betrogen werden. Der Brief von Brauns enthält nämlich für den Schlichter die bestimmte Anweisung auf eine "schnelle Beendigung des anhängigen Schlicht-

ungsverfahrens", d. h. sowohl in der Frage der Arbeitszeit als auch in der Frage der Lohnenerhohung. Die Gewerkschaftsleitertraten haben, wie beim Tabakarbeiterkampf, beim mitteldeutschen Bergarbeiterkampf und beim Eisenbahnerkampf, immer wieder und auch jetzt ein Veretnis zum Schlichtungszwang abgelegt; sie haben von vornherein die bedingungslosige Anerkennung jedes gefälligen Schiedspruches zugesagt.

Die Richtlinien, die der Arbeitsminister der Burgerblockregierung in seinem Briefe niedergelegt hat, sollen zweifelsohne die Grundlage für den zu fällenden Schiedspruch abgeben. Der Brief des Zentrumministers Brauns ist ein einziger Rückzug vor den Drohungen der Schwerindustrie. Mit kleinen Zugeständnissen an die Forderungen der Arbeiterklasse soll diese vom allgemeinen Kampf zur vollen Durchsetzung ihrer Forderungen abgehalten werden. Mit den sogenannten Hartebestimmungen der Dreifachstundentagsverordnung vom 16. Juli, die vorsehen, daß besonderen wirtschaftlichen Umständen Ausnahmen von der generellen Einführung des 8-Stundentages ab 1. Januar gemacht werden können, soll die Dreifachstundentagsverordnung vom 1. Januar in 3 Etappen eingeführt werden. So soll zunächst in den Thomsawerken, den Maschinenfabriken und einem Teil der Martinwerke die Arbeitszeitverordnung ab 1. Januar in Kraft treten. Zunächst aber soll für alle diejenigen Maschinen-, Elektro- und Ziegeleierwerke einschließlich der zugehörigen Walzwerke ein weiterer Monat Aufschub gewährt werden. Um aber den unerhörten Forderungen der Schwerindustrie noch ein weiteres Stück entgegenzukommen, erklärt der Arbeitsminister Brauns, daß Ausnahmen für solche Betriebe gemacht werden sollen, in denen zwecks Durchführung des Rationalisierungsprogramms noch Umarbeiten im Gange sind. Er will diesen Werken unter Verwahrung der wirtschaftlichen Lage "Aufschub in den unbedingt erforderlichen Maße" bewilligen. Ueber die Lohnfrage will der Reichsarbeitsminister erst später entscheiden, wenn über die Termine, zu denen die Dreifachstundentagsverordnung tatsächlich durchgeführt werden soll, Endgültiges bestimmt ist.

Der Brief des Reichsarbeitsministers Brauns stellt einen provokatorischen Schlag ins Gesicht der in der Schwerindustrie beschäftigten Arbeiterklasse Rheinlands und Westfalens dar. Der Brief beweist aufs neue, daß entgegen allen sozialdemokratischen Verbuchungsanstandchen und Tauschungsmanovern die Burgerblockregierung nicht gegen, sondern mit den Unternehmern steht, daß sie nur das ausführende Organ des Trustkapitals ist. Der Brief von Brauns aber zeigt der Arbeiterklasse, daß der Schlichtungszwang eine Fessel für die Arbeiterklasse und eine der scharfstn Waffen der Bourgeoisie ist, die sich ihre Bronofaktionen nur erlauben kann, weil die reformistischen Führer mit ihr in der Durchführung des Schlichtungszwanges vollkommen einig sind. Dieser Uebereinstimmung in der Frage des Schlichtungszwanges entspricht auch die Tatsache, daß die Gewerkschaftsführer noch keinerlei Maßnahme getroffen haben, um für den Fall, daß der Zwangsschiedspruch die Lebensforderungen der Metallarbeiter in bezug auf den Achtstundentag, Lohnausgleich und Lohnenerhohungen nicht erfüllt, durch Kampfmaßnahmen die Forderungen der Arbeiter durchzusetzen. Die SPD-Führer, die noch vor wenigen Tagen mit der scheiternadlichen Parole: "Enteignet die Trustkontige" ein Verwirrungsmandoer durchführten, vertrauen jetzt die Arbeiter, wie die oben zitierten Auslassungen des Vorwärts zeigen, auf die kommenden Reichstagswahlen. Die Gewerkschaftsführer sind zu einem elenden Kompromiß bereit. Das zeigen die Ausführungen des Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes in der Konferenz des ADGB. Die Arbeiterklasse aber darf nicht dulden, daß das Diktat der Schwerindustrie mit Hilfe des Burgerblockschlichters durchgesetzt wird. Sie muß die Kampfanklage der Schwerindustrie beantworten mit der sofortigen Herstellung der Einheitsfront der Arbeiter in allen lebenswichtigen Betrieben. Der Kampf geht um den Achtstundentag, Lohnausgleich und Lohnenerhohung. Es geht um die Verteidigung der Interessen der gesamten Arbeiterklasse, die nur im revolutionären Kampf unter Einführung aller Nachtmittel durch das Kampfbandnis aller Arbeiter gegen den strechen Angriff der Schwerindustrie verteidigt werden können. Die Arbeiterklasse darf und kann sich dem Diktat des Schiedspruches, der wahrscheinlich heute gefällt wird, nicht fügen. Der Kampf auf der ganzen Linie für die Enteignung der Kapitalisten durch den revolutionären Klassenkampf, das ist das Gebot der Stunde.

## Rheinland-Westfalen ruftet zum Kampf!

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Hamborn, 11. Dezember 1927.

Hamborn, Muhleheim, Oberhausen, das ist das eigentliche Herrschaftsgebiet des Stahlmagnaten Thyssen, der jetzt einer der maßgebenden Männer der Vereinigten Stahlwerke ist. Thyssen, das ist "der Herr!"

Die Bahn führt an den Hochfusen Thyssens vorbei, im roten Flammenschein bewegen sich die Schattenrisse der Arbeiter, aus Feuerrohren steigen meterhohe Flammen in den dunklen Nebel und färben ihn rot.

Noch wird hier gearbeitet . . .

Hamborn, das ist Arbeiterstadt in Reinkultur. Achtzig Prozent der Wohnungen sind Werkswohnungen. Diese Werkswohnungen zusammen mit den Betriebskonsumanstalten, sind das Mittel, mit dem sie stets besonders geschäftstüchtigen Industriellen des Rheinlandes den Arbeitern den Lohn wieder abnehmen und nicht unbeträchtliche Gewinne in ihre Tasche stecken. Ein Mittel, dessen politische Seite noch viel wichtiger ist. Durch die Werkswohnungen werden die Arbeiter an ihren Betrieb gefesselt. Verlieren sie ihre Arbeit, so verlieren sie auch ihre Wohnung und werden in der "Regersfarm" einquartiert, einem Barackenlager Hamborns. Man kennt diese Baracken. In engen, sogenannten "Stuben", hausen die Familien zu vier, sechs, acht Personen. Es sind dieselben Baracken bei Duisburg, bei Hamborn, wie in Mitteldeutschland oder in Schlefien.

Mit merkwürdigen Zahlen operieren die Unternehmer. Die Metallarbeiter sollen bis 500 Mark im Monat verdienen. - Im Betriebsrat der August-Thyssen-Hütte sitzen auch christliche Arbeitervertreter. Einer berichtet über die Einstellung der Christen zu dem Kampf der Metallarbeiter, über die Lage der Arbeiter speziell in seinem Betrieb.

"500 Mark? Ja, gewiß, das kommt vor bei einzelnen Arbeitern. Aber fragen Sie nicht, wieviele es sind, die das verdienen. Vielleicht geht unter 12 000 der August-Thyssen-Hütte Die anderen verdienen, wenn sie Zwolfstundenschicht machen, 200 bis 300 Mark. Die ungelerten Arbeiter der Werkstätten verdienen bei 57 Stunden Arbeitszeit und darüber 185 Mark. Davon gehen noch die Abzüge ab."

"Und wie denken Sie über den jetzigen Kampf?"

"Ich und die Mehrzahl der christlichen Metallarbeiter sind der Ansicht, daß jetzt unbedingt der schematische Achtstundentag erkämpft werden muß."

"Sie stehen damit aber im Gegensatz zu ihrer Verbandsleitung!"

"Gewiß, das weiß ich. Und mit mir stehen sehr viele Arbeiter in Opposition. Schon die Verhandlungen am Sonnabend haben ja ganz deutlich bewiesen, daß der kommende Schiedspruch im günstigen Falle einen Bruchteil unserer Forderungen bewilligt. Wir werden in unserem Verbands für die eintreten, daß gekämpft wird!"

"Und wenn Sie eventuell gegen einen Schiedspruch kämpfen, sehen Sie sich in Gegensatz zu der Regierung, an der die Zentrumspartei beteiligt ist. Vor allem Brauns!"

"Das ist dann auch egal. Wenn die Regierung und ihre Zentrumsmitglieder gegen die Arbeiter entscheiden, kämpfen wir gegen sie. Sie können sich darauf verlassen, daß im Falle des Kampfes die christlichen Arbeiter mit unter den ersten in den Kampf treten."

Arbeiter aus der Hütte berichten über einzelne Unfälle und das Hefttempo, zu dem der aufs modernste rationalisierte Betrieb die Arbeiter zwingt. An den Wänden hängen zwar schöne Plakate, die zeigen, wie Unfälle zu vermeiden sind, aber wer diese guten Ratschläge und Verordnungen beachtet, schafft die Arbeit nicht, fliegt auf die Straße. Die Arbeiter haben kaum Zeit, das Essen, das der "Hentelmann" bringt, in Ruhe zu essen.

Ein Unfall, der ganz offenbar auf dieses Hefttempo zurückzuführen ist und sich vor kurzem ereignete: Zwei Kräne stehen nebeneinander, von denen der eine aus Ersparnisgründen nicht benutzt werden darf; der andere ist dafür in ständigem pausenlosem Betrieb, der Kranführer also in ständiger, pausenloser Arbeit. In jeder Woche findet einmal Kontrolle des Kranes statt, der zu dem Kontrolltag sorgfältig gereinigt werden muß, eine Arbeit, die der Kranführer nur während der Pausen, die einige Minuten dauern, erledigen kann. Zur Säuberung des Kranes müssen alle Stromleitungen ausgeschaltet werden, was einen Weg von drei Minuten zum Hauptkranfuhrer führt.

Verwendung kann sich der Arbeiter nicht leisten; er reinigt den Kran ohne Auszahlung aller Leistungen, gerät an zwei Leitungen mit Strom und erleidet schwere Brandwunden am Arm und an der Brust. „Unfall durch eigenes Verschulden“.

In einem Thymian-Schacht, Thymian 3-5 kamen allein im September 122 Anfälle vor. Nur drei wurden als „schwer“ bezeichnet. Die Verunglückten haben an ihren Verletzungen. Unter den „Leichtverletzten“ befindet sich einer, dem beim Rangieren eine Wade weggerissen wurde. „Leichtverletzt“!

In Versammlungen, die heute im ganzen Ruhrgebiet stattfanden, wurde bereits Stellung zu dem ganzen Ergebnis der gestrigen Verhandlungen vor dem Schlichter genommen. Oder vielmehr zu deren Ergebnislosigkeit. Man kann innerhalb der letzten 24 Stunden eine außerordentliche Steigerung der Kampfstimmung feststellen! Die Gewerkschaften sind bisher von ihren Forderungen nicht abgegangen, die Metallarbeiter sehen klarer als am Tage vorher, daß die Lage sich zuspitzt, daß es ernst wird und ihre bisher gewissermaßen „Gewehr-bei-Fuß-Stimmung“ schlägt um in eine angriffsulustige Kampfstimmung. Den Gewerkschaftsführern wird in allen Versammlungen zugerufen: „Bleibt bei euren Forderungen!“ Das Verhalten der christlichen Verbandsführer löst überall scharfe Erörterung aus. Die Aufgaben der Forderung nach dem Achtstundentag für alle Metallarbeiter der Ruhrgruppe wird als unerhörter Verrat an den Arbeitern empfunden und schon jetzt treten vereinzelt christliche Arbeiter aus ihrem Verband aus.

Leider, allerdings nicht unerwartet, erregen einzelne Maßnahmen der freien Gewerkschaften das größte und nur allzu berechtignte Mißtrauen der Arbeiter. So die Aufforderung der Verbandsangestellten, daß die zum 1. Januar zu ergreifenden Maßnahmen in der Lohnkommission beschlossen werden müßten.

Dagegen empören sich die Arbeiter energisch und verlangen unbedingt den Zusammentritt einer Delegationenkonferenz, die allein das Vertrauen der Mitglieder genießen kann, das zur Entscheidung so überaus wichtiger Fragen notwendig ist. Die Absicht unsauberer Machenschaften bei den Verbandsbureaus wird zu 99 Prozent wahrscheinlich, wenn man gleichzeitig hört, daß oppositionellen Mitgliedern der Lohnkommission, wie dem Genossen Knauermann, von der August-Thymian-Hütte mitgeteilt wird, er gehöre der Lohnkommission nicht mehr an, sei nur zu einer bestimmten Sitzung hinzugezogen.

Wer wählt denn jetzt die Lohnkommission? Hier muß unbedingt und sofort Klarheit geschaffen werden! Wenn ich meine Eindrücke zusammenfassen soll, so muß ich sagen: War am Freitag noch eine gewisse unklare Stimmung bei großen Teilen der Metallarbeiter festzustellen, so ist es heute ganz offensichtlich, daß die Arbeiter kämpfen wollen, unbedingt kämpfen wollen. Kufen die Gewerkschaften zum Kampf auf, so können sie sich auf die Gefolgschaft der Metallarbeiter verlassen. Kämpfen sie nicht — und sie veräußern bisher gefährlich viel — verzerrt sie die Bewegung, so wird der DMB eine Niederlage erleiden, die er in Jahren nicht wieder aufholt!

### Verstärkte Afford'hinderei

aber keine Lohnerhöhungen für die Metallarbeiter.

Berlin, 13. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.)

Das schwerindustrielle Streifenblatt, die Tägliche Rundschau, erklärt heute provokatorisch: „Gleichzeitig mit der Auseinandersetzung über die Rotorordnung laufen Verhandlungen über die Lohnfrage. Soweit sich übersehen läßt, bestehen für die eisenhaltende Industrie keine unüberwindlichen Schwierigkeiten, da in dieser Industrie vorwiegend Affordarbeit geleistet wird und die Arbeitgeber bereit sind, die Affordprämie zu erhöhen.“

Anders liegen die Dinge aber für die eisenverarbeitende Industrie, wo fast nur in Stundenlöhnen gearbeitet wird. Da die Lage dieser Industrie sehr schlecht ist, könnte hier eine nennenswerte Lohnerhöhung nicht ertragen werden.

Es besteht also die Gefahr, daß sich doch noch ein großer Konflikt entwickelt, wenn etwa durch Schiedsgericht und Verbindlichkeitsklärung eine Lage geschaffen werden sollte, die die eisenverarbeitende Industrie nicht ertragen kann.“

Das heißt also auf Deutsch: Die Unternehmer sind nur bereit, die Afford'hinderei zu verschärfen und die Metallarbeiterfront dadurch zu spalten. Sie werden aber auf keinen Fall dulden, daß die Metallarbeiter eine nennenswerte Lohnerhöhung erhalten. Sie sind jetzt entschlossen, zu versuchen, mit einem Schiedsgericht die Arbeiterfront durch ihren Machtkampf auf die Knie zu zwingen.

### Geschichtslügen

Bisher ist nur ein sehr kleiner Teil der Weltgeschichte im Sinne des historischen Materialismus durchforscht und dargestellt worden. Das meiste bleibt da noch zu leisten und selbstverständlich ist das die Aufgabe der Arbeiterklasse, denn andere werden es nicht tun. Wer sich aber ans Werk macht, der merkt bald, daß vorher noch etwas anderes zu erledigen ist, eine große Reinigungsarbeit. Die ungeheure Masse von Geschichtslügen muß widerlegt und ausgerottet werden, damit die Kontingente des Wissens und Denken der Massen absichtlich vergiftet. Sie ist hierin unermüdlich. Kein Jahr vergeht, ohne daß ein halbes oder auch ein ganzes Dutzend neuer Geschichtsbücher für das Volk und die Jugend erscheinen, worin geflissentlich die alten, längst als falsch nachgewiesenen Fabeln zur Verherrlichung der angeblichen „großen“ Männer und Fürstenfamilien immer aufs neue wiederholt und den Lesern eingehämmert werden. Von der revolutionären, der republikanischen Seite ist dem bis jetzt blutwenig entgegengetreten worden. Die deutsche Republik hat ihren neunten Geburtstag gefeiert, und bis auf den heutigen Tag gibt es z. B. noch kein republikanisches Lebensbuch für die Schulen. Nicht nur, daß gar nicht selten die alten Bücher mit dem ganzen Kaiserlichem und sonstigen patriotischem Klimbim einfach neu gedruckt und den Schülern in die Hände gegeben werden — sogar das Gebet für den König fehlt nicht in einem 1920 neu herausgegebenen Schulbuch! —, sondern die wenigen angeblich linksgerichteten Bücher, die nach der Revolution geschrieben wurden, sind zum Teil noch schlimmer, weil sie die Sache verdeckt betreiben. Da ist z. B. ein 1923 herausgekommenes „Geschichtsbuch für die deutsche Jugend“, das ein Dr. Kuntze im Verein mit anderen Lehrern verbrochen hat. Es markiert republikanische Gesinnungslosigkeit, indem es Wilhelm II. nach Strich und Kaden herunterreißt. Dafür aber verherrlicht es um so mehr Bismarck, den alten Wilhelm, den „großen“ Kurfürsten usw. Damit wird natürlich nur erreicht, und das ist wohl auch der Zweck, daß der unbesangene Leser — es handelt sich zunächst um Schulkinder! — um so fester an die Hobeit und Reinheit dieser anderen glaubt, weil ja der Verfasser durch die Vermöbelung des letzten Kaisers seine „Unparteilichkeit“ bewiesen hat. Eine ganz raffinierte Methode, um unter der Maske der Republik Autoritätslosigkeit und monarchistische Gesinnung zu verbreiten.

Und was so immer noch in der Schule geschieht, das lehrt die bürgerliche Presse, namentlich im Feuilleton, mit Eifer fort. Auch die demokratische, auch die angeblich republikanische Presse. So hat die Frankfurter Zeitung (am 9. Oktober 1927) einem Aufsatz über das „Lebensbegabnis Kaiser Wilhelms I.“ Raum gegeben, der an Vaukruscheri und Pöbeldeineri vor den Höhengöttern feinseligkeiten sucht. Und die Frankfurter Zeitung ist unbestritten das angesehenste Organ der bürgerlichen Demokratie in Deutschland. Hier ein paar Stichproben daraus. Da heißt

### Ende des Eisenbahnerstreiks im Saargebiet

II. Saarbrücken, 12. Dez. Der Eisenbahnerstreik im Saargebiet hat heute sein Ende gefunden, nachdem die Bezirksleitung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands für das Saargebiet gegen eine Stimme den Abbruch des Streiks beschloßen hat. Die Eisenbahndirektion gewährt an Stelle über 16 Centimes hinausgehender Lohnerhöhung eine Weihnachtshilfe. Sämtliche Streitenden werden ohne jede Maßregelung wieder eingestellt und die zuständigen Beamtenanwärter werden wieder in die alten Rechte eingeleitet. Die Regierungskommission stellte eine grundsätzliche Aufbesserung der Arbeiterlöhne in Aussicht.

### Weitere Kündigungen

Kemtscheid, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Auch hier setzt die Kündigungsaktion für die Stilllegung großer Werke ein. So hat die Direktion der Bergischen Stahlindustrie bei der Gewerbeaufsicht einen Stilllegungsantrag zum 7. Januar 1928 eingereicht. Dem Betriebsrat wurde bereits von dieser Maßnahme Kenntnis gegeben unter der Begründung, daß die Direktion sich gegen die Einführung des Achtstundentages mit der Stilllegung des Betriebes zur Wehr setzen müsse.

Im Deutschen Edelfabrikwerk (Glockenstahlwerk) fand am 9. Dezember eine Konferenz statt, an der außer den Kemtscheider Betriebsdirektoren auch die Vertreter der Vereinigten Stahlwerke von der Direktion Bochum teilnahmen. Angenommen werden muß, daß diese Konferenz sich ebenfalls mit der Frage der Stilllegung der beiden Kemtscheider Betriebe der Vereinigten Stahlwerke befaßt hat und dieselbe Maßnahme auch für das Glockenstahlwerk geplant ist, wie sie die Bergische Stahlindustrie bereits für ihre Werke bekanntgegeben hat.

### Stilllegungsanträge auch der oberschlesischen Eisenindustrie

II. Gleiwitz, 12. Dez. Die oberschlesischen Eisenwerke, die Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke AG und das Fortigwerk haben beim Regierungspräsidenten in Oppeln Stilllegungsanträge eingereicht, über die am kommenden Donnerstag in Gleiwitz verhandelt werden wird.

### Eine Million Steuerbetrug

Großindustrielle und Minister a. D. als Steuerbetrüger.

II. Mainz, Unter der Ueberschrift „Eine aufsehenerregende Steuerhinterziehung in Hessen“ schreibt das Mainzer Journal: „Die Telekomunikationsdirektor des vor einigen Jahren verstorbenen Großindustriellen und national liberalen Reichstagsabgeordneten Erzellen Cornelius Freiberger v. Hehl zu Herrnsheim, die Herren Sanitätsrat Ludwig Lahm, Dr. G. G. H. e. r. und der ehemalige Finanzminister a. D. Erzellen Dr. W. e. d. e. r. (M. D. R.), stehen in dem Verdacht der Steuerhinterziehung zum Nachteil des Reiches und des heiligen Volksstaates. Die Steuerhinterziehung soll über eine Million Reichsmark betragen. Es fälle auf, daß die im Verdacht stehenden Herren erst vor kurzem sich dazu bequamen, bei einer sehr hohen Finanzbehörde ein Geständnis abzulegen, das offenbar den Zweck haben soll, sich den Schutz der Straffreiheit auf Grund der bekannten Bestimmung der Reichsabgabordnung zu sichern. Ob dieser Zweck jetzt noch erreicht werde, müsse der weitere Gang der Verhandlungen lehren.“

### 32 Kommunisten zu 218 Jahren Kerker verurteilt

II. Warschau, 12. Dez. Gestern wurde vom Kreisgericht in Lud (Wolhynien) ein Prozeß gegen 34 Mitglieder der kommunistischen Partei der Westukraine beendet. Von den Angeklagten wurden 32 zu insgesamt 218 Jahren schweren Kerkers und 13 Jahren Besserungsanstalt verurteilt.

### Die weiße Bestie

Kassenshah in Amerika — Eine Gerichtsverhandlung unter dem Schutz von Feldartillerie

II. London, 13. Dez. Wie aus Newyork gemeldet wird, fand in Goldsboro in Nord-Karolina eine ungewöhnliche Gerichtsverhandlung statt. Ein junger Neger war des Mordes an einem 13-jährigen weißen Mädchen angeklagt. Die Erregung der weißen Bevölkerung war so groß, daß der Gerichtshof, der zum erstenmal an einem Sonntag zusammentrat, durch eine Batterie Feldartillerie geschützt wurde. Auf dem Richterisch lag eine riesenhafte automatische Pistole, trotzdem wurde der Versuch gemacht, den Angeklagten gewaltlos aus dem Gerichtsgebäude

hervorstuzuholen. Der Festset gelang es nur mit Hilfe von Kameraden nach einem anderen Raum zu bringen. Der Richter floh nach einem anderen Raume zu Schützen nach der Türe ab, feuerte daraufhin eine Reihe von Kugeln ab, die abhüllten. Nach dem das Publikum von weiteren Anrufen abhüllten. Nach kurzer Zeit verließ der Gerichtshof das Todesurteil, worauf der Neger unter hartem Schutz nach dem Staatsgefängnis übergeführt wurde.

### Lunatschariki russischer Gesandter in Rom

II. Rom, 12. Dez. Nach italienischen Blättermeldungen aus Moskau, ist der Volkskommissar für das Unterrichtsweesen Lunatschariki zum Nachfolger des russischen Gesandten in Rom Ramenew ernannt worden.

### „Ohne Schandstet“

Neue monarchistische Provokation

Berlin, 13. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Im Zusammenhang mit der Zurückberufung des Kapitäns des Kreuzers „Berlin“ nach Berlin zur Verhinderung über die „Prinzenreise“ teilt die Vossische Zeitung folgendes mit:

„Der kaiserliche Jagdklub in Kiel hat im vorangehenden Jahre sein neues Klubgebäude eingeweiht. An der Einweihungsfeier nahmen trotz der „kaiserlichen Firmierung“ des Klubs auch mehrere republikanische Offiziere teil, und eine Marinekapelle der Republik besorgte den musikalischen Teil. Prinz Heinrich von Preußen war eingeladen und bei der Feier zugegen. Er trat auch als Redner auf und beendete seine Festansprache mit einem dreifachen „Hurra“ auf den Protoktor des kaiserlichen Jagdklubs, den ehemaligen Kaiser. Im Anschluß an das Hoch forderte der Großadmiral die Kapelle der republikanischen Marine auf, „Heil dir im Siegertranz“ zu spielen. Und als der Musikmeister Bedenken hatte, leitete der Prinz Heinrich die Aufforderung zu einem Befehl. Der Musikmeister fügte sich und die Kapelle spielte. — Im kaiserlichen Jagdklub war es auch, wo Prinz Heinrich, als in einer anderen Ansprache von der deutschen Flotte die Rede war, den Zwischruf machte: „Aber ohne Schandstet.“ Er meinte dabei die schwarz-rot-goldene Goelch in der schwarz-weiß-roten Handelsflagge.“

Wie die Voss. Zig. weiter mitteilt, sind eine ganze Anzahl Offiziere Mitglieder dieses kaiserlichen Jagdklubs

### Vom Tage

Schwerer Raubüberfall im Berliner Zoo

II. Berlin, 12. Dez. Heute nacht kurz nach 2 Uhr ist im Oekonomiegelände des Zoos ein schwerer Raubüberfall auf den Kassierer der Oekonomie, Heinrich Carlens, verübt worden. Drei Männer, von denen zwei maskiert waren, drangen plötzlich auf den mit Auftragsarbeiten im Kassenzimmer beschäftigten Carlens ein, bedrohten ihn mit einem Revolver und räumten den ostentendenden Geldschrank aus. Es gelang den Banditen, 32.000 Mark zu rauben und im Tiergarten zu entkommen.

Zwei Sonnenburger Ausbrecher festgenommen.

II. Frankfurt. Von den fünf Schwererbrechern, die aus dem Zuchthaus Sonnenburg ausgebrochen sind, wurden gestern früh von einem Briefträger in der Nähe von Neuborf bei Kuppen zwei gefangen. Der Postbeamte verständigte sofort den zuständigen Landjäger, der die beiden, die in eine Deckung des Waldes geflohen waren, festnehmen konnte.

Ein Klebenbrand in Litauen.

II. Kowno. In dem litauischen Städtchen O l i t a w i t e t seit Sonntag abend ein ungeheurer Brand. Bisher sind die Häuser eines ganzen Polizeibezirks heruntergebrannt. Hunderte von Familien sind obdachlos geworden. Auch aus K o w n o i s t Feuerwehrt zur Hilfe abgerückt. Die Regierung hat Vertreter nach O l i t a entsandt, die Hilfsmaßnahmen einleiten sollen. Ob Menschen umgekommen sind, ist bisher noch nicht festzustellen.

Schwere Gewitterschäden in Marzeille.

II. Paris. Schwere Gewitterschäden werden aus der Umgebung von Marzeille gemeldet. Marzeille selbst ist zum größten Teil überflutet. Der Straßenbahnverkehr ist unterbrochen. Tausende von Arbeitern, die außerhalb der Stadt beschäftigt sind, können ihrem Beruf nicht nachgehen. Die Keller liegen unter Wasser. Auf dem Meere herrscht starker Sturm. Die Passagierdampfer erleiden große Veripatungen.

Wetterdienst für 13. und 14. Dezember. Flachland vorwiegend stark bewölkt, neblig, zeitweise auch etwas Niederschlag, meist als Regen. Schwache nordwestliche Winde. Temperaturen wieder in der Nähe des Gefrierpunktes. Gebirge: Mäßige nordwestliche Winde. Temperatur wenige Grad unter dem Gefrierpunkt. Zeitweise leichtes Schneebroteln, höhere Lagen im Nebel, sonst wie Flachland.

es: Als die Nachricht kam, der Kaiser liege im Sterben (1888), legte sich

auf jedes Gesicht, in jede Stimme, der gleiche ungeheure Ernst, ein Ernst, der das Land einzuhüllen begann, wie eine Finsternis, bevor die Nacht kam.

Und weiter: Wie nahe dieser (der gestorbene Kaiser) jedem Menschen stand, das wurde wie ein Wunder offenbar, in einer Ausgiebung über alles Volt, die diese Trauer war. Sie wurde Ereignis seiner Geschichte, gleich ungeheuren Erhebungen, und keines außer dem großen Kriege, den wir sahen, soll ein Dichter jemals größer heißen dürfen.

Ganze Spalten wälzt sich solcher Schlein fort. Das entbietet sich das demokratische Blatt nicht, druden zu lassen, obwohl es doch wissen muß, daß Wilhelm I. erstens ein finsterner und brutaler Realist war, der Karitätsprinzip von 1848, zweitens ein ausgemachter Trottel, sogar in seinen besten Mannesjahren überaus beschränkt; und daß er endlich drittens bei seinem Tode ein 91-jähriger Nimmelmännchen war, der schon mitdelfens seit zehn Jahren wegen geistiger Alterschwäche hätte entmündigt werden müssen.

Das bürgerliche Organ weiß wohl, warum es trotz alledem in das Horn der widerlichsten patriotischen Lüge lütel. So geflissentlich es sich jetzt republikanisch gebärdet, so liegt ihm doch daran, mitzujelen an der Festigung jener autoritätsfürchtigen und deshalb letzten Endes republikfeindlichen Gesinnung, in der es mit Recht einen wichtigen Schuttdamm für den Geldsak der Bestehenden und gegen den Sozialismus erblickt.

Niemals dürfen wir hoffen, im Kampf gegen die Geschichtslügen irgendeine Hilfe bei der bürgerlichen Presse zu finden. Der Arbeiterpresse obliegt es, den durch die patriotische Lüge verdimmelten „großen Männern“ und „Heiligen“, seien sie Katholiken oder Protestanten, Hohenzollern oder Habsburger, Deutsche oder Franzosen, die Maske vom Gesicht zu reißen.

Julian Borchardt.

### Das Konnersreuther „Wunder“ und seine Wirkungen

Als der berühmteste Kummel mit dem „Wunder von Konnersreuth“ losging, war es die AZ, die durch ihre vorzügliche Bildberichterstattung das geheimnisvolle Dunkel um die „heilige Reil“ durchleuchtete. Die neueste Nummer der AZ bringt wieder ausgezeichnetes Material über Konnersreuth und stellt der Welt in Konnersreuth eingetreteneu Fleite den Fall des Waldenburger Bergmanns Diebel gegenüber, der ohne Kessels Främmitzigt, lediglich durch seine Willenstrait die gleichen wätkürlichen Plutungen an delibehigen Körperstellen hervorruft, wie die „Heilige“. Die zahlreichen Aufnahmen, die diesen inter-

essante Beispiel menschlicher Energie illustrieren, werden durch einen ausführlichen Sonderbericht und das Gutachten über Therese Neumann von dem bekannten Wissenschaftler Dr. med. Wigner ergänzt. In die Reihe der seltsamen Bluter gehören auch die durch ihre Konzentrationskraft zu ungewöhnlichen Leistungen fähigen indischen und ägyptischen Patrie, von denen die AZ in anschaulichen Bildern erzählt. Wer also neues aufschlußreiches Material über das „Wunder von Konnersreuth“, seine Ursachen und keine Auswirkungen kennen lernen will, lese diese Nummer der AZ.

Die wichtigsten politischen Ereignisse der letzten Zeit, der polnisch-litauische Konflikt, der die neuen Kriegsgesahren klar hervortreten läßt, und der 2. Kongreß der Liga gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung werden von der AZ in Bild und Wort geschildert. Dem in den Weihnachtswochen regen Interesse an Spielsachen kommt die AZ durch eine Darstellung der Wirkung entgegen, die das Spielzeug auf die Jugend ausübt — ein Artikel und Bilder, die besonders für die wertigsten Frauen wertvoll sind. Für diese sind auch neue Schnittmuster angezeigt. Die Sportseite schildert den Wert des Hallturnens für Männer und Frauen, die satirische Seite bringt viele Zeichnungen und Unterhaltendes. Die reichhaltige Nummer, die auch ein Angebot des Neuen Deutschen Verlages mit einem Geschenk für die Leser der AZ ankündigt, wird sicher noch größeren Beifall finden als die erste schnell vergriffene „Konnersreuth“-Nummer.

Die neue AZ ist wiederum zum Preise von 20 Pf. bei allen Händlern, Kiosken und in der Arbeiterbuchhandlung, Viltoriastraße 21, zu haben.

### Die Pioniere sind da!

Berle von O. Gurjan.  
Bilder von W. Scherwinskaja.  
Verlag der Jugendinternationale, Berlin O. 17.  
Preis M. — 80.

Wer liebt sie nicht, die jungen, frischen Pioniere in ihren roten Halstüchern, wenn sie mit Trommelschlag im Gleichschritt durch die Straßen ziehen? Von diesen Pionieren erzählt in lustigen Bildern in dem loben erklennenen Kinderbuch „Die Pioniergehenden Ausstellungen russischer Bilderbücher in Berlin den größten Beifall erhielt. Wäßen wir noch mehr darüber sagen? Wohlthige jeder, ehe er seinen Kindern

# Klassenkampf oder Verwirrungsmanöver

II.  
R. R. Als Vorbemerkung zu dem Vortrag Edels, zu dem wir schon in einem Artikel Stellung genommen haben, schreibt der Bezirksvorsitzende, daß dieser Vortrag gegen die „verwirrende Propaganda“ der KPD gehalten sei. Diese Vorbemerkung schon zeigt, daß der Vortrag als sogenanntes Notwehrprodukt angesehen werden darf. Die in Rot und Ausbeutung lebenden Arbeiter, auch die in der SPD organisierten, fühlen immer mehr den Bankrott der sozialdemokratischen Koalitionspolitik. Auch die in der SPD organisierten Arbeiter erkennen mehr und mehr, daß nur die KPD einen ernsten und entscheidenden Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft führt. Mit der wachsenden Erkenntnis der eigenen Lage, der vom Klassenkampf abhaltenden Politik der SPD und der Notwendigkeit und Wichtigkeit kommunistischer Kampfführung wächst auch die Sympathie für die Sowjetunion.

Diese anwachsende Erkenntnis setzt aber die Arbeiter in immer größeren Widerspruch mit der SPD. Die Politik der KPD hat in der breiten Masse die Sympathie und das Vertrauen der Arbeitermassen auch in Ostpreußen gewonnen. Gegen diese Erkenntnis wendet sich der Vortrag Edel. Der Kampf gilt der Einheitsfrontbewegung, den Rußlanddelegationen, den Vertikalschulen. Wie stark der Einfluß dieser kommunistischen Tätigkeit sich auswirkt, das zeigen die Ausführungen Edels, in denen er folgendes erklärt:

„Ein Ueberbild über bestimmte Vorgänge, von denen die sozialdemokratischen Organisationen berührt wurden, ergibt also, daß die Partei, so wenig Grund zur Nervosität vorliegt, doch Veranlassung zur Wachsamkeit hat.“

An einer anderen Stelle erklärt Edel, daß es gelte, zur Abwehr der kommunistischen Angriffe den proletarischen Charakter der SPD mehr zu zeigen. Diese Ausführungen Edels zeigen schon die absolute Hilflosigkeit der SPD, auch der sächsischen Führer. Sie zeigen uns den Erfolg und die Richtigkeit unserer Politik und Taktik. Wir werden auf dem Wege unserer Arbeit fortfahren und sind gewiß, dabei Erfolge zu erreichen. Dann aber auch: die SPD wird wohl nicht in der Lage sein, ihren „proletarischen Charakter“ stärker zu betonen. Nach Edel heißt das, die Politik der KPD mit radikalen Phrasen und Schimpfstanen beantwortet. Aber damit tut die SPD nichts, was den Arbeitern einen tatsächlichen Kampf um die Verbesserung ihrer Lage zeigt.

Der erste Kampf Edels gilt dem Bestreben der KPD nach der Herstellung einer praktischen revolutionären Einheitsfront. Die Propaganda nach der Einheitsfront werde von der Arbeiterklasse nicht mit der Reserve aufgenommen, wie das gegenüber den Kommunisten eigentlich selbstverständlich sein sollte. Weshalb selbstverständlich, Herr Edel? Sie nehmen wohl an, der Verrat an der proletarischen Bewegung, die Abkehr vom Klassenkampf und sein Ersatz durch radikale Redensarten sei für die Arbeiter so selbstverständlich wie für „Führer“ ihres Schlages? Da sitzen Sie und die Arbeiter wollen den Klassenkampf, wenn sie auch erst langsam und schwer, dank der zerstörenden und verwirrenden Tätigkeit, die Sie und Ihre Partei entfalten, zu diesem Wege kommen. Die Arbeiter wissen, daß sie die Einigkeit zu ihrem Kampf benötigen. Diese Einigkeit ist die Voraussetzung zum Siege. Daß dies die Arbeiter verstehen und empfinden, das führt auch Edel. Deswegen erklärt er in seinem Vortrag:

„Das Schreiben nach der Einheitsfront der gesamten Arbeiterklasse ist eben im Prinzip nicht unbedeutend, sondern sogar Voraussetzung für den Sieg des sozialistischen Befreiungskampfes! Fundamentiert doch schon das kommunistische Manifest die sozialistische Forderung nach der Einheitsfront des Proletariats mit den Worten: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.““

Hier müssen wir zuerst, bevor wir uns mit den Weiterungen, die Herr Edel an dieses Zitat knüpft, beschäftigen, die sozialistische Geschichtlichkeit Edels selbst ein wenig beleuchten. Herr Edel hielt vor verantwortlichen Funktionären seiner Partei einen Vortrag, der seiner Auffassung nach von Bedeutung sein soll. Er trägt dabei ein „Zitat“ aus dem kommunistischen Manifest auf, um seinen Marxismus zu beweisen. Herr Edel hat sich aber nicht die geringste Mühe gegeben, vorher nachzulesen, ob dieses „Zitat“ auch im Manifest enthalten ist. Wohl ist das Manifest im Sinne dieser Erkenntnis gehalten, wohl hat Friedrich Engels in seinem Vorwort vom 1. Mai 1890 geschrieben, daß sie, Marx und Engels, schon damals, als sie das Manifest verfassten, der Ansicht waren, daß „die Emanzipation der Arbeiter das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß“, aber im Manifest ist der von Edel „zitierte“ Satz nicht enthalten. Dafür steht in den Statuten der Internationalen, die am 28. September 1864 in der St. Martins Hall, Long Acre, London, begründet wurden, als erster Satz: „In Erwägung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß...“ Hier haben wir die Feststellung, daß die Befreiung der Arbeiter das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß. Wir machen diese Feststellung, um zu zeigen, wie unabhängig von Marx diese Leute ihre Politik machen und mit welcher Sicherheit sie solche Behauptungen aufstellen. Sie sehen dabei wohl voraus, daß die SPD-Funktionäre genau so wenig das kommunistische Manifest lesen. Wir würden dies aber dringend empfehlen. In dieser ersten, grundlegenden Schrift von Marx können die SPD-Arbeiter und Funktionäre noch manches andere, für sie sicherlich Interessante finden. Z. B. die Feststellung von Marx: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschlag, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“ Wenn die SPD-Arbeiter diesen Satz des Manifestes ein wenig ansehen würden, dann ließen sie sich sicherlich nicht den Anflug erzählen: „Die Schwerindustrie streifen gegen den Staat.“ Im kommunistischen Manifest können die Arbeiter auch feststellen, was Marx über die Eroberung der Macht und den Weg dazu sagt, nämlich, daß das Proletariat „durch den gewalttätigen Sturz der Bourgeoisie“ seine Herrschaft begründet, ebenso, daß das Proletariat die politische Macht erobern muß, um Enteignungen durchzuführen zu können.

Karl Marx sagt: „Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch vermehren.“

Marx setzt die Machteroberung voraus, schlägt mit diesem Satz den sozialdemokratischen Schwandel, den Edel jetzt aufstellt, aber auch gleichzeitig das Geschrei, daß in Rußland nicht

100 Prozent sozialisiert sei. Marx erklärt, nach und nach wird man den Kapitalisten ihr Eigentum entreißen, also auf dem Wege zum Aufbau des Sozialismus.

Wenden wir uns nun den Schlussfolgerungen zu, die Edel aus seinem zwar nominell falschen, aber sinngemäß richtigen Zitat zieht. Er macht dabei eine verwässerte Anleihe bei den Kommunisten. Wir haben oft genug erklärt, daß die Einigkeit nicht auf Kosten der Klarheit, nicht um der Einigkeit willen erfolgen darf, sondern um des revolutionären Kampfes willen auf der Basisform eines revolutionären Willens. Edel erklärt: „Setzt die sozialistische Befreiung den Einheitswillen der Arbeitermassen, der Arbeiterklasse voraus, so ist sie zugleich nur zu erringen als deren eigenes Werk, d. h. daß sozialistische Tatkraft geleitet sein muß von klarer Erkenntnis der Ziele, denen die Bewegung dient. Nicht jede Aktion also und nicht jede Organisation, die vorgibt, die Einheit der Arbeiterklasse zu fördern, verdient Unterstützung.“

Wir schenten uns, auf die philosophische Bemerkung über „sozialistische Tatkraft“ einzugehen. Edel sagt uns nicht, was er darunter versteht. Der Zweck der Werbung dürfte wohl auch hier darin liegen, dies zu verschweigen. Edel erzählt uns auch nicht, welche „klaren Ziele“ er denn nun aufstellt. Er verspricht uns zwar die kritische Prüfung „gewisser Tendenzen“, auch ein Ausdruck, unter dem jeder verstehen kann, was er will, aber dann beginnt Edel mit der Aufzählung dessen, was er bekämpfen will, nicht für was er zu kämpfen gedenkt. Er fragt: „Was gibt Veranlassung zur Abwehrstellung?“ Dann zählt er auf, er wendet sich, wie wir oben schon anführten, gegen die Rußlanddelegationen, und begründet, weshalb der Bezirksvorsitzende den Ausschluß von Rußlanddelegierten fordert. Eine armselige Begründung, die in der Behauptung gipfelt, die KPD vollziehe Spaltungsmanöver und die Funktionäre seien bei der KPD zu einem unwürdigen Kadavergehorsam verpflichtet. Es lohnt sich kaum, auf dieses alberne Getöse auch nur noch einzugehen. Bei der

# „Eine Verteidigung der deutschen Arbeit“

So überschreibt der Vorwärts vom 4. Dezember seinen Bericht über Hilferdings Rede in der großen Reichstagsdebatte über die Wirtschaftsprüfung. Diesen Satz kann man in vielerlei Art verstehen: als Schuß der deutschen Arbeiter oder als „Schuß der nationalen Arbeit“, im gleichen Sinne, wie die Junker und Schlotbarone ihre Forderungen begründen. Der Satz ist zweideutig — die Rede ist es nicht.

Der Konflikt zwischen der Reichsregierung und dem Reparationsagenten hat die inneren Widersprüche des Dawesplanes wieder einmal an die Oberfläche gebracht, hat gezeigt, daß dieser Plan, der in der ersten Phase seiner Wirksamkeit das Seil war, an dem das amerikanische Finanzkapital die deutsche Bourgeoisie aus dem Sumpf zog, nun zur Schlinge wird, in der die alt und rasch erstarrende deutsche Konkurrenz „erdrosselt“ werden soll. Die deutsche Bourgeoisie beschäftigt sich mit der Frage, wie sie den rasch wachsenden Kapitalbedarf des Landes decken soll. Sie sieht in einem hemmungslosen Wachstum der Auslandsverschuldung eine immer schwerer werdende Kette am Fuße des neu-deutschen Imperialismus. Sie sucht die Auslandscredite zu beschränken. Ihre verschiedenen Gruppen suchen die unermessliche Kreditvermehrung aufeinander abzumäßen. Das Finanzkapital sucht die Gelegenheit, um unter dem Schlagwort der „Beschränkung der Auslandsverschuldung“ die Gemeindebetriebe in seine Hand zu bringen. Alle aber sind sich darin einig, daß das beste Mittel zur Überwindung des Kapitalmangels in einer Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, in einer Steigerung der innerbetrieblichen Akkumulation besteht. Deshalb eröffnet die Schwerindustrie des Rheinlandes die neue Offensive gegen die deutsche Arbeiterklasse — auf der anderen Seite wehren sich im ganzen Reich immer mehr die Arbeiter gegen den wachsenden Druck der Bourgeoisie, wie es die Lohnkämpfe und Wahlen der letzten Zeit bezeugen.

Was hat Herr Hilferding in dieser Lage zu sagen? Zeigt er die tatsächlichen Zusammenhänge auf, mobilisiert er die Arbeiter gegen die Unternehmerröfene, gegen den Druck des inländischen wie des ausländischen Finanzkapitals? Weist er ihnen nach, welche Unterstützung sie für ihren Klassenkampf von einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung erwarten können? Nichts dergleichen — Hilferding appelliert an den „vernünftigen“ Teil der Bourgeoisie, doch endlich einzusehen, daß die Sozialdemokratie der beste Schlichter in der deutschen Wirtschaft sei — seine Rede ist nicht die eines Arbeitervertreters, der gegen bürgerliche Politik opponiert —, sondern die eines bürgerlichen Vertreters, der auf dem Boden der Bourgeoisie sich mit anderen bürgerlichen Fraktionen über die beste bürgerliche Politik auseinandersetzt. Deutschland braucht Anlagkapital, Hilferding sucht der Bourgeoisie nachzuweisen, daß es zweckmäßig sei, unbegrenzte Auslandscredite herbeizuziehen.

Wozu sind die vom Auslande geliehenen Summen verwendet worden? — In der heimischen Industrie haben wir (wer ist das: „wir“?) Leistungen vollbracht, die die Bemerdung der Welt auf sich gezogen haben. Darum müssen wir sagen, daß die Auslandsanleihen richtig verwendet worden sind, und daß kein Grund dazu besteht, an der Sicherheit des uns geliehenen Kapitals zu zweifeln...“

Es das nicht eine klare, proletarische Linie? Uns (also offenbar den deutschen Arbeitern) wurde Geld geliehen, „wir“ (offenbar die im Besitze der Produktionsmittel befindlichen deutschen Arbeiter) haben diese Kredite richtig verwendet — sieb Wallstreet, magt ruhig sein — dein Geld ist gut angelegt! Und was willst du, deutscher Prolet? Deine Wirtschaft gedeiht, deine Industrie erweist die Bewunderung der ganzen Welt.

Doch etwas mehr soll er wollen, schlägt Herr Hilferding vor: einen Reichsdankpräsidenten. Alles wäre in Butter, wenn nicht der böse Dr. Schacht die Gemeindefredite sabotierte, die doch, wie Hilferding den Bourgeoisvertretern zu beweisen sucht, „die Schrittmacher der Industriedeute“ sind und die Konjunktur beleben. Was kann man dagegen machen? Hilferding appelliert gegen Schacht, „obwohl wir in Opposition stehen“, an die Bürgerliche Regierung:

„Wir müssen von dem Deutschen (für S. ist also Schacht in erster Linie „Deutscher“) und höchstens in zweiter Linie Vertreter des Finanzkapitals), der an der Spitze der Reichsdank steht, verlangen, daß er als Reichsdankpräsident seine Politik im vollen Einklang mit den Organen der Regierung, mit dem Parlament und dem Parlament verantwortlichen Regierung... durchführt.“

Also die verschiedenen Räder des bürgerlichen Staatsapparates greifen schlecht ineinander; Hilferding fühlt sich berufen, das zu ändern. Mit der Bürgerliche Regierung ist es darum nicht einverstanden, weil sie in der Kontrolle des bösen Dr. Schacht „Mängel an Führung und Mangel an Energie bewiesen hat“. Also die Regierung des Finanzkapitals gegen seinen Hauptgegenstand (irgendwie) (mit oder ohne Energie) kämpfen könnte! Hilferding glaubt, daß er als Finanzminister einer großen Koalition dieses Kunststück umwege bräuhie — und in diesem Sinne appelliert er an die Wähler...

KPD besitzt sicherlich eine größere Meinungsfreiheit wie bei der SPD, aber Renegaten, Verräter am Proletariat werden bei der KPD nicht geduldet, auch keine solchen Schwärmer wie Edel. Zweitens wendet sich Edel gegen die Vertikalschulen, in denen wir eine freie Diskussion über Marginalprobleme entfalten. Die sozialdemokratischen Führer brauchen nur hinzukommen, um uns dort vor der Arbeiterklasse zu schlagen. Sie zogen es vor, vom sicheren Ort aus zu hehen. Weiter gilt der Kampf der Einheit der Kundgebungen bei der Ermordung von Sacco und Banzetti und während der Kämpfe in Wien. Hier war die Einheit der Massen zu einer akuten Klassenfrage geworden. Edel setzt diesem Einheitswillen, der Einheitsforderung nichts anderes entgegen als das Ide Geschwäh des engstirnigen Parteibureaukraten, die Partei macht die Kundgebungen allein.

Nichts Positives lehnt Edel der Forderung der Kommunisten nach der Einheitsfront entgegen. Dafür fordert er „Wachsamkeit“. Wachsamkeit nicht etwa gegenüber der Reaktion, sondern gegenüber der KPD. Wachsamkeit gegenüber der Einheitsfront, der Edel die Partei entgegenstellt, die Partei des ununterbrochenen politischen Bankrotts. Gegen die objektiven Verichte von Rußlanddelegierten lehnt er Rußlandbege, Ausföhrungen des Delegierten Kolobner. Als Voraussetzung zur Einheitsfront fordert er die Auflösung der 3. Internationale, der kommunistischen Partei. Er fordert, wie O. Bauer, die Internationale, die Parteien, deren Taktik die Arbeiter in Rußland an die Macht brachte, deren Taktik es ermöglichte, diese Macht zehn Jahre zu halten und — auch weiter zu behaupten. Diese Internationale, die die SPD aufzuheben. In die Organisation, auf deren Politik der Sieg der Schwerindustrie in allen Ländern zurückzuführen ist. Mit solchen Redensarten kann man noch eine Zeitlang Parteifunktionäre fangen, aber die Massen der Arbeiter werden darauf mit einem spöttischen Gelächter antworten. Die Arbeiter erkennen mehr und mehr, daß nur die KPD die Voraussetzungen zum Siege schafft, daß nur die Politik der Kommunisten den Sieg gewährleistet und sichert. Die freundschaffliche Entladung, im Schlepptau der Kapitalisten mitzumarschieren, werden die Arbeiter ablehnen.

Gut, nehmen wir es zur Kenntnis: eine Koalitionsregierung kann Konjunktur und Kredite zu beliebigem Umfange herbeizuziehen. Aber wie wird sie mit den inneren Widersprüchen des Dawesplanes fertig werden? Hilferding macht sich diese Sache leicht: Alles ist in Butter. Parker Gilbert der harmloseste Mann der Welt. Nur „die falsche Taktik der Reichsregierung (also nicht die im Dawesplan ausgedrückten Beziehungen des internationalen Finanzkapitals als solche) haben den Reparationsagenten erst in die Rolle des Beraters (sehr mißdeutend) hineingedrängt, indem wir im Ausland den Eindruck erweckten, daß die Leistungen aus dem Reparationsabkommen gefährdet seien“. Nun, wir Sozialdemokraten können es besser, wir erklären schon heute, daß wir „den Reichshaushalt mit allen Mitteln im Gleichgewicht halten“ werden. Wie werden diese „Arbeitervertreter“ das anfangen? „Durch Abstriche am Reichsetat an den richtigen Stellen“. Näher konkretisiert werden diese Stellen nicht. Keine klare Erklärung, was mit dem Deeres, was mit dem Marineetat, was mit den Aufwendungen für kirchliche Zwecke geschehen soll — kein konkretes Wort über die Regelung der Ueberweilungen an die Länder — nur allgemeine Phrasen. Und kein Wort von Senkung der Klassensteuern, kein Wort von Erhöhung der Besteuerung Angelpunkt dieser „sozialistischen“ Finanzpolitik ist nicht das proletarische Klasseninteresse, sondern einfach das „Gleichgewicht im Budget“ und die Vermehrung von Zulagen in der Reparationsfrage. Wird das auf die Dauer gehen, wird Deutschland die Daweslasten dauernd tragen können? Hilferding scheint hier doch etwas skeptisch zu sein — aber er wehlt ein schmerzloses Mittel:

„Wir werden diese Frage (der Reissen des Dawesplanes) vielleicht ausrollen können, wenn die Wahlen in Frankreich, England und in Amerika vorüber sind, und wenn dort, wie auch bei uns in Deutschland, sich das Gewicht der Politik mehr nach links neigt.“

Wählt sozialdemokratisch — die SPD wird alle Probleme der Bourgeoisie lösen! Und die des Proletariats? Auf die Frage gibt Hilferding keine Antwort: kein Wort hat er für die Unternehmerröfene, als die Hauptmethode der deutschen Bourgeoisie zur Überwindung des Kapitalmangels! Aber wenn er schweigt und man die Bedeutung dieses Schweigens nicht versteht, so gibt dieselbe Nummer des Vorwärts in ihrem Kommentar zur Massenauspeerrung im Rheinland die Antwort:

„Stilllegung der deutschen Schlüsselindustrie, das ist ein Schlag nicht nur gegen die Arbeiterklasse, sondern gegen das ganze deutsche Volk, keine (!) Arbeit, keine (!) Wirtschaft, keine (!) Wiederaufbau. Bei dieser Nachtprobe wollen die Industriekapitäne die Entwicklung der Konjunktur so gut gefährden, wie das Gleichgewicht im Reichshaushalt, dem in den kommenden Reparationsjahren erhöhte Bedeutung zukommt.“

Gegenüber der Unternehmerröfene appelliert der Vorwärts also nicht an die eigene Abwehrkraft des Proletariats, sondern an das Interesse der Bourgeoisie, der „Wirtschaft“. Und demgemäß appelliert er an den bürgerlichen Staat; er möge gegen die Bourgeoisie kämpfen:

Dieser Unternehmerröfene richtet sich gegen den Staat und gegen die Gesetzgebung. Er soll die Regierung und die zuständigen Ressortminister zwingen (ist das nicht herrlich: die Bürgerliche Regierung zu zwingen, der Bourgeoisie den Willen zu tun!) den Vollzug der Verordnung hinauszuschieben... Es ist eine Probe auf die Macht im Staate. Gelänge es den Unternehmern, ihren Willen durchzusetzen, so würde sich die Tragödie von 1923 wiederholen, die Tragödie des Sieges von Unternehmerröfene über verfassungsgemässen Staatswillen“ (also offenbar „über“ das von einem gewissen Herrn Hilferding mitgeschaffene Ermächtigungsgesetz).

Die Bürgerliche Regierung wird demgemäß vom Vorwärts nicht darum kritisiert, weil sie eine bürgerliche Regierung ist, sondern weil sie in der „Verteidigung“ des bürgerlichen Staates schwach sei: „Sie wird das Recht des Volkes und des Staates, das Recht der Gesetzgebung nicht verteidigen, gegen die Diktatorische von Wirtschaftskruppen, die im tiefsten Grunde staatsfeindlich sind“. Der Stahltrakt ist also ein Feind des bürgerlichen Staates — das „Volk“ muß ihn verteidigen! „Hier ist der Feind, den es in den kommenden Wahlen zu schlagen gilt!“

Und das sagt eine Partei, der immerhin noch Millionen deutscher Arbeiter folgen, im Augenblick des größten und schidlichschwersten Kampfes der ganzen gegenwärtigen Periode! Wählt sozialdemokratisch — dann wird „der Staat“ die Wirtschaft gegen die Unternehmerröfene verteidigen! „Der Wille des deutschen Volkes, zum Staatswillen erhoben in den Formen und mit den Mitteln der Demokratie“ — was wird er auch geben, Proleten, wenn ihr gegen die Unternehmerröfene kämpft — blaue Bohnen, Justizhausmauern und ein neues Ermächtigungsgesetz! Denn der Verrat von 1923, an den der Vorwärts zur rechten Zeit erinnert, war kein Zufall — kein einmaliger „Rehler“ — er war die eiserne Konsequenz dessen, was Herr Hilferding damals wie heute verkündete.

# Bericht der Rußlanddelegation

# Betteln und Hausieren verboten

Vom Rat der Stadt Dresden wird uns geschrieben: Betteln von Waren durch Kinder. Nach der Polizeiverordnung über das Verbot von Betteln durch Kinder unter 14 Jahren auf öffentlichen Straßen, Plätzen oder an öffentlichen Orten oder ohne vorgängige Bestellung von Haus zu Haus Gegenstände nicht mehr feilbieten. Die Schulen stellen Erlaubnisscheine für den Weihnachtshandel der Kinder nicht mehr aus. Damit wird aus dem vorweihnachtlichen Straßen- und Marktstand unserer Stadt eine Erscheinung verschwinden, die gewiß jedem Kinderfreund Anlaß zu mancherlei Bedenken gegeben hat. Die Verkaufsbildchen (!) in unzulängliche und ärmlichste gekleidete Kinder, ihre Waren ausbreitenden Kinder, der winterlichen Kälte und den Gefahren großstädtischen Verkehrs preisgegeben, boten zumeist ein Bild menschlichen Jammers; aber vielfach verbarz sich eben unter diesem Bilde, das das Mitleid der Vorübergehenden erregen sollte, nichts anderes als versteckte Bettellei. Von den Kindern müssen künftig die gesundheitlichen und sittlichen Gefahren ferngehalten werden, die aus solchem Straßenhandel für sie erwachsen. Soweit dringende wirtschaftliche Not in den Familien solcher Kinder vorliegt (!), ist die öffentliche Fürsorge dazu da und auch bereit, nach Prüfung der Verhältnisse unterstützend einzugreifen. — Neben dem mit der Durchführung des Verbotes beauftragten polizeilichen und pflgerischen Organen wird auch die Deffentlichkeit viel dazu beitragen können, den damit verfolgten guten Absichten des Kinderschutzes zum Erfolg zu verhelfen.

Soweit die Zufahrt des Rates. Die Stadtverordneten haben in ihrer Sitzung am vergangenen Donnerstag ebenfalls einen Antrag, der das Verbot von Betteln von Waren durch Kinder betrifft, angenommen. Dieser Beschluß wäre zweifelsohne zu begrüßen, und wir kommunizieren, die wir einen scharfen Kampf gegen die Kinderausbeutung führen, würden die wärmsten Befürworter des Beschlusses sein, wenn ...

In der Zufahrt des Rates wird davon gesprochen, daß die Eltern ihre Kinder, die sie fortzuführen, um Waren feilzubieten, „vielfach absichtlich in unzulängliche ärmlichste Kleidung hüllten“, damit sie „ein Bild menschlichen Jammers“ bieten. Hier zeigt sich schon ganz deutlich, was es mit dem Beschluß des Rates auf sich hat. Die Herren Blüher und Co. bestreiten, daß durch bitterste Not die Kinder auf die Straße getrieben werden; ihnen sind die „bettelnden Kinder“ lästige Erscheinungen, so wie die Kriegsverletzten, die an den Straßen im Zentrum der Stadt ihre Streichhölzer oder Schnürsenkel verkaufen.

Ja, wenn sich dieses „bettelnde Bad“ auf die Vororte, die Proletenbezirke, beschränkte ... Betteln und Hausieren verboten“ an vielen Toren dieser Gesellschaft ist dieser schöne Satz zu finden — sie, die Not und Elend verschuldet, wollen ihre Opfer nicht sehen. Großzügig wird versprochen, daß dort, „wo dringende wirtschaftliche Not vorliegt“, die Fürsorge eingreifen werde. Uns ist die „Großzügigkeit“ des Rates zur Genüge bekannt! Eingegangen war der Antrag von den Sozialdemokraten. Allerdings lag dem Rat schon vorher ein gleicher Antrag vor. Die SPD wollte an diesem Beispiel einmal zeigen, wie sie für ausreichenden Kinderschutz kämpft. Wir brauchen wohl nicht besonders zu betonen, daß so diesem „Uebel“ nicht beizukommen ist. Kinderausbeutung ist eine Begleiterscheinung des kapitalistischen Staates, sind doch Kinder die billigen Ausbeutungsobjekte!

## Aus dem Dresdner Stadtparlament

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung verlief — im Gegensatz zu der vorausgegangenen — ruhig. Das allzu plumpe offene Einschwenken der SPD-Fraktion in das Lager des Bürgerbundes scheint keine Wirkung in der Sozialdemokratischen Partei gehabt zu haben. Die großen Strategen Köhler, Finsterlin u. Co. haben merken müssen, daß die kommunistische Fraktion ihnen den Umfall, den sie mit radikalsten Reden zu verschleiern suchten, nicht so leicht macht. Die SPD wird sie immer wieder zwingen, Farbe zu bekennen; sie werden sich dabei demaskieren. Dr. Bührer hielt gestern seine Jungferrede — sie war auch danach. Man muß schon sagen, Blüher hat einen würdigen Ersatz für Köhler-Nitzsche gefunden!

Die Sitzung wurde eingeleitet mit einer Anfrage des Stv. Seydel, in der er Stellung nimmt gegen die kürzlich im Lichthof des Rathauses veranstaltete Ausstellung gegen das sogenannte Kurpfuschertum. Dieser Punkt gab Genossen Wagner Gelegenheit, die Stellung der Kommunistischen Partei zu diesen Fragen zu präzisieren. Er führte u. a. aus: Der Kampf den verschiedensten konterrevolutionären Kräfte seit Jahren gegen die verschiedensten Richtungen der Naturheilkunde unter dem Deckmantel der Bekämpfung des Kurpfuschertums führen, zeigt mit aller Klarheit, daß hier bestimmte Interessengruppen um Privilegien kämpfen. Die Rolle, die dabei die Konzerne der Arzneiindustrie spielen, ist zur Genüge bekannt. Wer wollte bestreiten, daß es unter den approbierten Ärzten auch Fälscher gibt? Es ist auch eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß wenn es nötig ist, sich viel eher ein anerkannter Gutachter findet, um gegen Naturheilkundige auszusagen, als umgekehrt. Daß bei diesem Kampf der verschiedenen Interessententeile nur die Kranken darunter zu leiden haben, ist selbstverständlich. Dieser Zustand kann nur dadurch beseitigt werden, indem die Herstellung von Arzneimitteln und die Behandlung Kranker der Profitgier entzogen werden.

Sozialisierung des gesamten Heilwesens ist unsere dringende Forderung. Auch hier können wir auf Rußland verweisen, wo gerade auf diesem Gebiet Vorzügliches geleistet wird. Dagegen aber stellen sich die verschiedensten Interessenten, ihnen kommt es meist weniger auf die Befämpfung der Kurpfuscherei, als vielmehr auf die Erhaltung und Erweiterung der Profitquellen an. Nachdem noch verschiedene Redner gesprochen, wird die Anfrage als erledigt erklärt, und zur Behandlung des nächsten Punktes der Tagesordnung, betr. Neugründung bzw. Ausbau der städtischen Büchereien, in den einzelnen Stadtteilen geschritten. Hier ist vor allen Dingen zu fordern, so führte Genosse Schneider aus, daß mehr Bücher proletarischer Schriftsteller geführt werden. Ebenso muß bei der Einrichtung einer fahrbaren Bücherei gesorgt werden, daß dieselbe zu bestimmten, für die Arbeiterschaft günstigen Zeiten und an für sie geeigneten Plätzen hält. Ein Platz für die Neustädter Bücherei und Velehalle ist, wie der Rat mitteilt, noch immer nicht gefunden. Die Mittel für diese Positionen werden sodann bewilligt.

Eine längere Diskussion entspinnt sich bei einem Antrag der SPD und Demokraten, der für die Angehörigen und Beamten der Stadt, wenn bis Weihnachten die Besoldungsvorlage nicht verabschiedet worden ist, eine Vorschusszahlung verlangt. Mit Recht erklärte Genosse Gabel, dieser Antrag ist weiter nichts als ein Agitationsantrag. Wenn die Antragsteller ein Interesse an den Beamten hätten, dann müßten sie schon längst geholfen haben. Gerade die neue Besoldungsvorlage zeigt, wie man für die höheren Beamten Tausende von Mark mehr bewilligt, derweil die unteren Beamten mit Bettelpennungen abgepficht werden. Wenn sie dies überhaupt bewilligten, so zwang sie nur die grenzenlose Erbitterung der Beamten dazu. Bei jeder Gelegenheitsheißung der bürgerlichen Parteien die Besoldungsfrage, daß aber viele Unternehmer keine Steuern zahlen, ist bekannt. Ja, wenn

Beim Auspringen auf die fahrende Straßenbahn geriet auf der Wagner Straße ein Mann so unglücklich mit dem rechten Fuß unter den Anhängern, daß dieser abgetrennt wurde. Er mußte sofort ins Krankenhaus transportiert werden. Obwohl beim Auspringen auf die Straßenbahn glitt auf dem Überlauf ein Mann aus und trug eine nicht unbedenkliche Kopfverletzung davon.

In Sauerstoffhilfsleistungen wurde die Feuerwehr am Sonntag nach der Borsbergstraße 106 und nach der Fürstenstraße 79 gerufen. Die Wiederbelebungsvorläufe waren in beiden Fällen von Erfolg. Um welche Fälle es sich handelt, verschweigt verschämt der Feuerwehrbericht.

### Kauf euren Kindern proletarische Bilder- und Märchenbücher Haus ohne Brot.

Eine Geschichte für alle Kinder, erzählt von Paul Falkant Couturier, zu den Bildern von Maria Braun. Verlag der Jugendinternationale, Berlin O. 17. Preis: Broschiert M. —,80, gebunden M. 1,20.

Dieses Märchen spielt in einem der vielen verwüsteten Dörfern Nordostpreußens und auf seinen Schlachtfeldern. Hans ohne Brot, einer von den vielen Proletarierjungen, die unter dem Kriegselend am grauesten gelitten haben, wird von einem Soldaten in die Hölle der Kriegsmaterialfabrik und in das Schlemmerlokal dieses Besitzers, der Minister und Generale geführt. Mit diesen Bildern, die ihm in der Seele brennen, kommt er zur Front, lernt ihren ganzen Schrecken kennen und wird zum Mittelpunkt der Verbrüderung der Soldaten, mit denen er gemeinsam im roten Rußland das große Beispiel erkennt. Das Märchenhafte dieses Buches wird gesteigert durch die vielen und guten Bilder und macht es zu einem der besten Kinderbücher, die das revolutionäre Proletariat besitzt. Das wertvolle Buch ist zu haben in der Arbeiterbuchhandlung, Viktoriastraße 21.

Dresdner Volksbühne. Für das Weihnachtsmärchen „Der blinde Großvater“, das in der Komödie am Mittwoch, Sonnabend und Sonntag um 15.30 Uhr aufgeführt wird, erhalten unsere Mitglieder bis auf weiteres Eintrittskarten im Vorverkauf für 1 Mark täglich in unserer Geschäftsstelle, Schloßstraße 34/36, 2., von 11 bis 15 Uhr.

## Der Todesstich im Prinzengäßchen

Gestern begann vor dem Schwurgericht die Verhandlung gegen den Lagerist Otto Meise aus der Borsbergstraße und den Gerbergehilfen Wilhelm Martin Hänel aus Blasewitz, die des Mordes an dem Prinzengäßchen, dem der 19jährige Bauknecht Werner Reinlober zum Opfer gefallen war, verdächtig waren. Das heißt, die Staatsanwaltschaft hatte, da feststand, daß Reinlober von einem der beiden durch Messerstiche tödlich verletzt worden war, Anklage wegen Totschlags erhoben, da es sich aber um den Sohn begüterter Eltern und einen Mann mit staatsrechtlicher Gesinnung handelte, legte die Staatsanwaltschaft dem Landgericht den Totschlag anders aus und ersuchte nur — Körperverletzung mit Todesfolge als vorliegend. Schon im Verlauf der ersten Vernehmungen kam ein relativ klares Bild zustande. Hänel und Meise waren „laufen“ gegangen, zogen von einem Lokal ins andere und gelangten auch in das Strietener Verzehrlokal „Zur Erdtugel“, wo auch der junge Reinlober saß.

### So wird Wohnungsmieter „bekämpft“

Uns wird folgender, kaum glaublicher Fall gemeldet: Ein gewisser R. W., Drehsasse 7, 1., wohnt, soll keine Wohnung des Herrn weitervermieten. Er soll dabei folgenden Trick benutzen: in einem Lokal erzählt er, daß es ihm möglich ist, eine Wohnung unter Ausschaltung des Wohnungsamtes zu verdingen. Der Wunsch, endlich eine Wohnung zu erhalten, bringt ihm denn auch Kunden genug. Selbstverständlich läßt er sich eine entsprechende Anzahlung geben. So wird dann der Kontrakt abgeschlossen. Die Wohnung Drehsasse 7, 1., aber ist gar nicht frei! Obwohl er angeblich dort wohnt — er ist polizeilich angemeldet — ist die Wohnung bereits vermietet. Will dann der betr. Mieter am 1. des Monats einziehen, steht er vor der Tatsache, daß er geklärt worden ist. Wie uns versichert wird, sollen der Polizei mehrere solche Fälle bekannt sein, trotzdem hat sie noch nicht eingegriffen. Ja, als erst vor kurzem ein so Geplantes von der Polizei verlangt, daß sie die Besichtigung vor solchen Verträgen schicke und eingreife, soll ihm ein Polizeikommissar geantwortet haben: „Sie sind doch erst dann nachweisbar geschädigt, wenn sie am 1. des Monats nicht einziehen können.“ Also dritt, wenn die Katastrophe da ist — wenn es zu spät ist, soll eingegriffen werden.

Wir erwarten, daß die in Betracht kommenden Stellen sich umgehend zu diesem Fall äußern. Wir werden dann nochmals darauf zurückkommen.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Dresden e. V., veranstaltet am Freitag, dem 16. Dezember, 20 Uhr in den Trianon-Vollwohlfällen, Trabantenstraße, einen Lichtbildvortrag und Film. Winter und Weihnacht in deutschen Wäldern, in Wort, Ton und Bild. Die Vortragenden, Frä. Hansi Stadler (Sängerin zur Laute), Herr Eugen Kug (Rekitation und Gesang) werden ihr Bestes zu diesem Vortrag bieten. Die zwei Beschlüsse, Stahlfahrers Rüstzeug und Technik des Schneeschuhlaufes, werden für jedermann von großem Interesse sein. Eintrittspreise für Erwachsene 50 Pf., Jugendliche und Erwerbslose 30 Pf., Einlaß 19 Uhr.

„Weihnachtsprogramm“ im Planetarium. Wie im vergangenen Jahr, so wird auch diesmal im Planetarium ein besonderes „Weihnachtsprogramm“ vorgeführt. Wieder werden wir um fast 2000 Jahre zurückgeführt in die Zeit der „Geburt Christi“, der Sternenshimmel Palästinas wölbt sich über uns, und wir sehen den Weihnachtsstern über dem Sternenhimmel ziehen, wie er „die drei Weisen aus dem Morgenlande“ geführt haben soll. Es ist ein Stück Geschichte der Astrologie, das wir damit erleben, denn in jenen fernen Zeiten war auch Welt im Glauben an die Gestirne befangen. Die Vorführungen finden wochentags täglich um 17.30 Uhr statt.

Ein ganzer Zeugenapparat ist aufgeboten worden, um festzustellen, ob Reinlober etwa auch betrunken war, und dann die Möglichkeit einer Provozierung der beiden Messerhelden durch Reinlober (diese Fiktion wurde von Hänel und Meise aufzuheben versucht) wahrscheinlich erscheinen zu lassen. Dieser Versuch mißlang. Einwandfreie Zeugen bezeugten, daß Reinlober, der als ruhiger, anständiger Mensch bekannt war, beim Verlassen des Lokals völlig nüchtern gewesen ist. Im Prinzengäßchen nur soll, nach Aussage des Angeklagten Hänel, Reinlober Meise angerepelt haben; tatsächlich haben die beiden Reinlober angepöbel, und darauf hat Hänel mit einem „zufälligen“ Messer in seinem Besitz befindlichen großen Messer auf R. losgegangen. Dies hat er bereits in der Voruntersuchung zugegeben, widerruft es natürlich und stellt die groteske Behauptung auf, Reinlober sei in das von ihm zur „Verteidigung“ vorgehaltene Messer selbst hineingelaufen. Sein Kumpan Meise, der hier als „Zeuge“ auftritt, erzählt wieder etwas anderes, er habe im Prinzengäßchen Hänel „verloren“, ein Messer bei Hänel auch nicht gesehen, und schließlich, ohne daß ihm überhaupt von einer Messerstecherei etwas bekannt gewesen wäre, mit Hänel in eine Wein-Stuben gegangen. Erst am nächsten Morgen soll er etwas vom Zusammenstoß im Prinzengäßchen erfahren haben. Die Zeugen, 30 an der Zahl, bezeugten, daß Reinlober völlig nüchtern gewesen sei und als ruhiger Mensch bekannt war. Andererseits wird bezeugt, daß Hänel und Meise betrunken und Hänel in besonders aggressiver Stimmung gewesen sei. Polizeihauptwachmeister Hayne stellte überdies fest, daß ihm Meise behauptet wahrheitswidrige Angaben gemacht habe. Ebenso gibt Kriminalkommissar Frey an, daß Hänel bei seiner Verhaftung nichts von dem Ausgang der Missetat wissen wollte. Bei der Vernehmung konnte sich Hänel nicht mehr daran „erinnern“. Der heutige Verhandlungstag wird mit den Zeugenvernehmungen ausgefüllt werden. Die Anklage des Staatsanwalts Dr. Bührer ist für morgen zu erwarten.

### Strassenbahner!

Wichtige Versammlung morgen, 20 Uhr, in den Annenpforten. Stadtrat Gruner spricht.

### Ein Opfer der Glätte

Dippoldswalde. Am Freitagnachmittag unternahm der Arbeiter Claus von Dippoldswalde eine Probefahrt mit seinem Motorrad, an der sein Vater auf dem Sozius mitnahm. An der Häßlicher Straße geriet die Maschine beim Nehmen einer Kurve infolge der Glätte ins Schleudern und beide Fahrer stürzten. Der Vater erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald nach seiner Ueberführung in das Krankenhaus starb.

Kadeberg. (Kinderaufführung der Mädchenschule.) In dieser Woche wird die Mädchenschule am Dienstag und Mittwoch, 20 Uhr, im Kaiserhofsaal das Weihnachtsmärchen „In Erlkönigs Reich“ aufführen. Das Eintrittspreis beträgt 50 Pf. Die Lehrerschaft und die Kinder würden sich freuen, wenn auch aus den Kreisen der Arbeiterschaft sich recht viele zu den Aufführungen einfinden.

### Aus der Ramenzer Glashütte

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 317.)

Hier sind in letzter Zeit recht eigentümliche Sachen zum Vorschein gekommen. Das untergeordnete Verhalten der Glasmacher gegen die Hilfsarbeiter treibt wieder rechte Blüten. Hervorgetan hat sich ein R. Böhme, welcher einen bei ihm beschäftigten Hilfsarbeiter ohreifeigte und zu Boden warf. Der Hilfsarbeiter ging sofort zum Betriebsratsvorsitzenden Schäfer, und verlangte eine Einkreisung gegen Böhme. Schäfer hatte weiter nichts zu tun als: „Zeige Böhme an.“ Weiter wäre es einmal erwünscht, daß die Kollegen sich mit den Ueberstundenlöhnen beschäftigen. Was in dieser Beziehung von organisierten Kollegen geleistet wird, sollte man nicht für möglich halten. Ein belandenes trasser Fall in letzter Zeit: Ein Arbeiter, welcher als Sortierer von 6 bis 15 Uhr beschäftigt wird, bringt es fertig, von 15 bis 24 Uhr Ueberstunden als Schmelzgehilfe zu leisten. Es wäre Pflicht des Betriebsrates Schäfer, hier einzuschreiten. Aber da hört die Kunst auf, das steht man nicht. Nur wenn die verdammten Kommunisten in den Gewerkschaftsversammlungen sachlich solche Sachen ans Licht bringen, da ist Schäfer da und heht gegen die Opposition. Schäfer zeigt, daß er nicht einen Betrieb von 800 Mann als Betriebsrat vertreten kann, sonst würden solche Mißstände nicht einziehen. Die freigeschäftlich organisierten klassenbewußten Arbeiter sollten endlich erkennen, daß die Opposition im Verbande nur allzusehr recht hat, wenn sie für einen anderen Kurs kämpft.

Verantwortlich für den Dresdner und Dillachenteil: Bruno Goldhammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Kerner, Dresden — Druck: „Neuwog“, Druckereifabrik Dresden.



Diese bekannte Steingutfabrik in Dresden ist der Arbeiter- schaft nicht unbekannt. Es ist wieder einmal an der Zeit, einige Vor- kommenisse und Zustände in bezug auf die Behandlung der Arbeiter und die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beschäftig- ten zu unterbreiten.

Wer in den frühen Morgenstunden an den Toren dieses Arbeiterparadieses vorübergeht, beobachtet mit Erstaunen die Massenansammlungen vor dem Betriebe. Ein großer Teil der Arbeiter der infolge der ungünstigen Zugverbindungen bereits kurz nach 6,15 Uhr früh von auswärts kommend vor dem Be- triebe eintrifft, wartet nun, bis es der Betriebsleitung gefällt, die Tore zu öffnen. Das geschieht in der Regel nicht vor 6,45 Uhr. Bis dahin können sich die Proleten mit ihrem mangelhaften Schuhwerk und schlechter Kleidung bei Wind und Wetter auf der Straße „tummeln“. Was fragt der Betriebsleiter danach, ob sich die Arbeitsbienen erkälten und krank und sich werden. Es ist ja genügend Ertrag da, bedarf es doch nur eines telefonischen Anrufes oder einer Postkarte.

So rücksichtslos wie sich in diesem Falle die Firma zeigt, genau so verhält sie sich in der Lohnfrage. Der Tarif ist abge- schlossen, und obwohl die verteuerten Lebensbedingungen in feiner Weise berücksichtigt werden, denkt die Organisation nicht daran, der Forderung der Arbeiter nach einer zwischentariflichen Regelung der Lohnfrage Rechnung zu tragen. Die Firma pocht natürlich auf Einhaltung des Tarifvertrages und lehnt auch dann noch eine Aufbesserung der Löhne ab, wenn einzelne Arbeiter mit Forderungen an die Betriebsleitung herantreten. In den Tarifverhandlungen aber haben dann die Unternehmer noch immer die Stütze, zu behaupten, daß die Arbeiter zufrieden seien. Als vor kurzem einzelne Angestellte und Arbeiter eine Erhöhung ihrer Bezüge zu erreichen versuchten, mußte sich ein junger Ar- beiter von dem Dr. Böttcher sagen lassen, daß er, der Direktor, die jungen Leute nicht bedaure. Sie hätten ja gewußt, daß in seinem Betriebe nichts verdient wird. In einem anderen Falle lautet die Antwort einem Unterbeamten gegen- über: „Gehen Sie dorthin, wo Sie mehr bekommen, Ihre Papiere können Sie gleich mitnehmen!“ — Wird nun so manchem Ar- beiter endlich zum Bewußtsein kommen, daß sie der christlichen Organisation und dem Militärverein den Rücken kehren und die bürgerliche Presse aus dem Hause werfen müssen?

Vor kurzem gaben die Malerinnen der Malerei 3 ein Bei- spiel von Geschlossenheit im Kampfe gegen die elende Bezahlung. Die Zumutung, einen Artikel zu dekorieren, ohne dabei im Afford den Tariflohn erreichen zu können, beantworteten sie zwei Tage mit passiver Resistenz. Inzwischen verhandelte der Betriebsrat mit der Direktion. Diese verwies die Angelegenheit an den Malereivorsteher Apik, der die Angelegenheit reinig sollte. Nach dem Vorschlag des Malereivorstehers sollten von den besser- bezahlten Artikeln 15 Prozent abgebaut und auf die schlecht- bezahlten Artikel 10 Prozent aufgeschlagen werden. Auf diese Weise wollte die Firma also noch ein Geschäft von 5 Prozent auf Kosten der Arbeiter machen. Anstatt nun über diesen un- erhörten Vorschlag abzulehnen und die Kolleginnen in ihrem Kampfe zu unterstützen, empfahl der Betriebsratsvorsitzende Panno, den Vorschlag anzunehmen mit der Begründung, es sei „das kleinere Uebel“. Der anwesende Gewerkschaftsangehörte Merikhe sprach in demselben Sinne. Von einer Kollegin muß- ten sich die beiden „Arbeitervertreter“ sagen lassen, daß sie mit ihrem Verhalten die Interessen der Kollegen und Kolleginnen schädigten. Als man endlich der Belegschaft der Mühle einige Pfennige Lohn mehr gab, mußte dafür die Waspause von fünf Minuten vor jeder Pause und vor Feierabend fallen. Auch in dieser Frage nahmen weder der Betriebsrat noch die Gewerk- schaft die Gelegenheit wahr, um den Vorstoß der Betriebsleitung zurückzuweisen und sich für die Erhaltung einer selbstverständ- lichen sanitären Maßnahme einzusetzen. Ist das etwa die Praxis, die aus den Vorträgen über Betriebshygiene in Gewerkschafts- versammlungen gezogen worden ist? Die Direktion beantwortet nun das feige Zurückweichen vor ihren Forderungen mit der Drohung der sofortigen Entlassung, wenn nicht bis zum Gloden- zeichen gearbeitet wird und die Arbeiter so wie früher, vor Schluß mit dem Walzen beginnen. Dem vor Schweiß und Dreck starrten Teil der Arbeiterschaft mutet man zu, nicht vor dem Glodenzeichen die Wäsche zu wechseln und sich zu reinigen. Die Direktion pfeift auf die Gesundheit der Arbeiter, höher steht das Interesse ihres Profits. Seit dem vor drei Jahren abgewürgten Streik tritt der Scharfmacherkurs immer stärker in Erscheinung.

Die Praxis der Vorkriegsmethoden kommt wieder in Anwendung. Für an- und zerfallene Ware werden wieder Strafen und Ab- züge eingeführt. Auch in dieser Frage machte die Betriebs- verleitung nicht Front gegen die Pläne der Direktion.

Als ein besonderes Frachteremplar der „Entwicklungsstufen“ Reformisten hat sich der nunmehrige Meister der Kapsel- formerei, Herr Veier, entpuppt. Früher sah er im Arbeiter- rat als Vorkämpfer der SPD, in der er noch heute als Bezirks- vorstandsmitglied der Gruppe Meißner-Kadik funktioniert. Wäh- rend des Streites konnte er nicht genug Moral predigen, und forderte zum Aushalten im Kampfe auf, dann aber ging er zu jenen über, die Verhandlungen anstrebten, und wirkte auch als Unterhändler mit der Direktion. Nun aber hat er's erreicht. Sein Lohn ist ihm geworden. Jetzt ist er als ehemaliger Kriegs- kamerad und Duzfreund des Direktors zum Meister avanciert und im Anfangsgehalt höher eingestuft, als andere im Endehalt. Nun — die Direktion wird schon wissen, was ihr dieser Meister wert ist. Und nicht nur sie, auch die Arbeiterschaft weiß, was sie von ihm zu halten hat. Veier erlaubt sich jetzt, Schwerekriegs- verleihe zu schlitzen, die dann auf seine Veranlassung gekän- digt werden. Es gelang jedoch der Organisation der Kriegs- beschädigten, die Zurücknahme der Kündigung zu erreichen.

Mit diesem Kapitel wollen wir es heute bewenden lassen. Werden nun die SPD-Arbeiter endlich mit dieser Sorte Funk- tionäre und Genossen aufräumen? Die Belegschaft aber sollte sich bei der nächsten Arbeiterratswahl die Kandidaten etwas genauer ansehen.

Protest der Beamten gegen die sächsische Besoldungsordnung

Eine am Sonntag den 11. Dezember vom Bund Sächsischer Staatsbeamten nach dem Palmengarten einberufene Versamm- lung nahm Stellung zur sächsischen Besoldungsordnung. Die gut- beleuchtete Versammlung nahm einen Bericht ihres Vorsitzenden (Gewerksch. BSS) über den bisherigen Verlauf der Reichs- wie Länderbesoldungsordnung entgegen. Dabei kam deutlich der Be- trag an der unteren und mittleren Beamtenerschaft durch die Bürgerblockparteien zum Ausdruck. Dieses reaktionäre Nachwerk, das ohne Hinzuziehung der Gewerkschaften in der Dunkelkammer des Ministeriums entstanden ist, soll nun in einer Spanne von 10-14 Tagen durchgespeißt werden. Die Beamten wünschten noch eine Verabschiedung vor Weihnachten, so sagt die Regierung und die diese Regierung stützenden Parteien. Die Beamten denken gar nicht daran, sie verlangen eine gründliche Be- ratung unter Hinzuziehung ihrer Gewerkschaften und unter Ver- schiebung ihrer seit Jahren erhobenen Forderungen. Trotz der kurzen Vorbereitung der Versammlung waren die Beamten dem Ruf ihrer Gewerkschaft zahlreich gefolgt. Die Gewerkschaft hatte die Vertreter der Parteien des Besoldungsausschusses des Sächsischen Landtages geladen. Erschienen waren aber nur der Abg. Menke (SPD) und Siegel (KPD). Die Vertreter der Bürgerblockparteien hatten es vorgezogen, nicht zu erscheinen, sie haben auch alle Urteile dazu. Abg. Menke berichtete in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Besoldungsausschusses über die Verhandlung der Besoldungsfrage. Er brachte zum Ausdruck, daß alle Verbesserungsvorschläge der SPD und KPD gegen die Stimmen der Bürgerblockparteien abgelehnt wurden. Die Be- amtenerschaft solle keine Hoffnung auf Annahme einer ihren Wün- schen entsprechenden Besoldung haben. Die Beamten müssen endlich verstehen lernen, daß alle Fragen nur politisch zu betrach- ten seien. Die nächste Reichstagswahl gebe den Beamten die Möglichkeit, sich zu befinden und die richtige Entscheidung zu fällen.

Abg. Siegel (KPD) erklärte, daß er zwar als einziger Nichtbeamter im Besoldungsausschuss in vielen Fragen nicht Sach- mann sei, wie man aber ein solches Besoldungswerk behandle, sei einfach unverkennlich. Man zäume hier das Pferd von hinten auf; anstatt den Gehaltsteil zuerst zu beraten, sei man sofort in die Beratung des Besoldungsteiles eingetreten. Gibt es so etwas bei einer Tarifberatung für die Arbeiterschaft? Nein. Dazu komme noch, daß man nicht bei der höchsten Besoldungs- gruppe, sondern bei der niedrigsten anfangen habe. Alles sei Berechnung und Täuschung, es müsse unbedingt verlangt werden, daß die Gewerkschaften reslos an der Neugestaltung der Be- soldungsordnung mitwirken. Dann erklärte Genosse Siegel, warum der Besoldungsausschuss die Hinzuziehung der Gewerkschafts- vertreter zu den Verhandlungen gegen die Stimmen der KPD ab- gelehnt habe. Der Antrag der KPD habe nicht in Widerspruch mit der Geschäftsordnung gestanden, sondern als Sachverständige könnten den Vertretern der Gewerkschaften die Möglichkeit gegeben werden, vor dem Ausschuss ihre Meinung vorzutragen. Ein im Verlauf der Beratung zum zweitenmal von den Kommunisten

reuester Artens sei angenommen worden und bewisse die Mög- lichkeit. Der Vertreter der kommunistischen Fraktion brachte dann über den Rahmen der Besoldungsangelegenheit den Vorstoß der Reaktion auf der ganzen Front zum Ausdruck. Die Einstellung der Betriebe im Rheinland, das Verhängnis von 100 000 Arbeitern und Angehörten sei ein Zeichen dafür, daß das Tru- fkapital der wirkliche Racher und Hintermann dieser Bürger- blockparteien sei. Der Streik gelte allen Ausgebildeten und Unter- zugehörigen. Nur ein gemeinsamer Kampf aller, wie auch die Ar- beiter, könne das Elend beseitigen. Alle Forderungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine Entschloßung, die gegen die Art und Weise der Behandlung einer Besoldungs- ordnung protestiert und verlangt, daß eine gründliche Durchberatung erfolgen muß, sowie die Auszahlung von Vorküßeln rückwirkend vom 1. Oktober 1927 noch vor Weihnachten fordert, fand ein- stimmige Annahme.

Ortsverwaltungsahlen

Am die Jahreswende, in den Monaten Dezember, Januar und Februar, finden in allen örtlichen Verwaltungs- oder Jahr- stufen der verschiedenen ADG-Gewerkschaften die Ortsver- waltungsahlen statt. Da die freien Gewerkschaften durchweg zen- tralistisch aufgebaut sind, so liegt zwar das Schwergewicht in allen entscheidenden Fragen bei den Hauptvorständen. Trotzdem sind die Ortsverwaltungen (OB) die wichtigsten Körperschaften in den Verbänden.

Von ihnen hängt es zu einem großen Teil ab, ob eine Taktik des Kleinstkampfes, oder der Arbeitsgemeinschaft eingeschlagen wird, ob die einzelnen Bewegungen von vornherein aktiv unter Einsatz aller verfügbaren Nachmittel, wenn's nicht anders geht, mit der schärfsten Waffe, dem Streik, oder gleich von Anfang mit dem Ziel schließlich friedlicher Verhandlungen vor dem Schlich- ter geführt werden.

Genau so ist es auf den übrigen Gebieten des Verbands- lebens. Von den OB hängt es ab, inwieweit durch weitgehende Heranziehung der Mitglieder zur Verbandsarbeit, durch weitesten Ausbau des Mitbestimmungsrechtes im Sinne der proletarischen Demokratie usw. die Kollegen an der Gewerkschafts- arbeit interessiert, oder abgelenkt werden. Die OB sind es auch, die in der wohnungsmässigen Aufsichtnahme paqne gegen die oppositionellen Kollegen die entscheidende Rolle spielen.

Die Bedeutung der OB ist also nach jeder Hinsicht eine äußerst große. Jedes Gewerkschaftsmitglied muß daher ein großes Interesse an der Neuwahl, an der Zusammenziehung seiner OB haben. Jeder revolutionär-oppositionelle Kollege und jede Kol- lege muß alle Möglichkeiten ausnützen, um eine OB an die Spitze zu bringen, die Gewähr dafür bietet, daß sie keine refor- mistische, sondern eine revolutionäre, in der Linie des Klassen- kampfes liegende Tätigkeit ausübt. Deshalb müssen bei den Wahlen vor allem die grundsätzlichen Fragen über reformistische oder revolutionäre Gewerkschaftsarbeit an Hand der bisherigen Tätigkeit der Ortsverwaltung bei den verschiedenen Anlässen aufgearbeitet werden. Dabei müssen alle mit der reformistischen Verbandspolitik unzufriedenen Mitglieder ohne Unterschied der Parteipolitischen Zugehörigkeit erfaßt werden. Nicht KPD- oder SPD-Mitglieder, sondern Reformismus oder Klassenkampf muß die Losung, die Scheidelinie sein.

Wie wird die Ortsverwaltung gewählt? Das ist in jeder Gewerkschaft, ja innerhalb eines Verbandes in den einzelnen Verwaltungsstellen ganz verschieden. Jeder aktive Gewerkschaftler muß sich daher bemühen, die in seinem Verband durch Verbands- und Ortsstatut oder durch langjährige Praxis festgelegten Wahl- bestimmungen aufs genaueste kennenzulernen und dementsprechend zeitige Vorbereitungen für Kandidatenaufstellung und geeig- nete Propaganda treffen.

Die Statuten leben in den meisten Fällen, besonders in kleineren Orten, Wahl in Mitgliederversammlungen vor. Hier ist das Schwergewicht in der Agitation auf genügende Mobilisierung aller Mitglieder zu legen, um sie möglichst reiflos in die Versammlung zu bringen. Wo die Wahl in der Dele- gierten-Generalsammlung erfolgt, ist selbstverständlich das Schwergewicht auf die Wahl oppositioneller Delegierten, lange vor der eigentlichen Ortsverwaltungswahl, zu legen. Dabei spielt vor der eigentlichen Ortsverwaltungswahl die Generalsam- mung durch die Delegierten eine verhängnisvolle Rolle. Des- halb hat jeder Betrieb, jeder Bezirk, jede Branche die Pflicht, ihre Delegierten aufs schärfste auf ihren Verbandsaufbau zu kontrollieren. Die indirekte Wahl der Ortsverwal- tungen durch Delegierte ist fast immer ein Betrug an den Mit- gliedern, weil es die Bureaokratie immer versteht, bei der Zu- sammenziehung der Delegierten-Generalsammlung mit Hilfe ihres Apparates ein Uebergewicht zu verschaffen und den Mit- gliedern zu fälschen. Doch durch Passivität der Mitglieder wird der Bureaokratie dieses Spiel erleichtert. Daher gilt es, alle Energie aufzubieten, um allen Schwierigkeiten zum Trotz eine oppositionelle Delegiertenmehrheit und damit eine opposi- tionelle Ortsverwaltung zustande zu bringen.

Also höchste Aktivität aller Klassenbewußten oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder. Dann werden die Ortsverwaltungs- wahlen einen Sieg des revolutionären Klassenkampfes über den Reformismus ergeben.

An den Ufern des Hudson

Roman von H. Desberry

(5. Fortsetzung.)

Die Antwort des Hausierers hatte nichts mit dem eben be- sprungenen Thema zu tun, war völlig unvermittelt; er fragte: „Kann ich telefonieren?“

„Ja, rechts neben der Tür.“ Samuel Rahenstein trat ans Telephon, hängte den Hörer ab, nannte eine Nummer.

Nach einer kurzen Weile erhielt er die Verbindung. „Hallo, kann ich Frau Mathers sprechen? Samuel Rahen- stein.“

„Ja, sie ist eben heimgekommen.“ Gleich darauf vernahm er Graces Stimme im Telephon.

„Ich muß Sie etwas fragen, Frau Mathers. Pfliege Herr Rawley Tuberosen als Knospflohblume zu tragen?“

„Nein.“ „Und Sie selbst, tragen Sie bisweilen Tuberosen?“

„Nein, niemals, ich kann den Geruch nicht vertragen, be- komme davon Kopfschmerzen. Aber weshalb...?“

„Ich werde es Ihnen morgen erklären. Noch eins: der Neger ist bereits verhaftet.“

Ein leiser Aufschrei klang durchs Telephon, dann kamen mit erstidter Stimme die Worte:

„Also ist doch er der Schuldige?“ „Das kann man heute noch nicht mit Gewißheit sagen.“ Der Hausierer wollte noch etwas hinzufügen, erinnerte sich aber dann daran, daß man vom Saal aus seine Worte verstehen könne, und hängte den Hörer zurück.

Während er langsam heimwärtsstrebte, dachte er ununter- brochen über etwas nach, richtete an sich immer wieder die gleiche Frage: Wo habe ich in den letzten Tagen eine Frau ge- sehen, die, an ihren Muffgeseck, Tuberosen trug?

Vor dem Untersuchungsrichter leugnete Ben Tower hart- näckig, das Verbrechen begangen zu haben. Wilde Empörung sprach aus seinem klugen Gesicht, er wurde heftig, ausfahrend, blieb aber immer bei seiner Behauptung: „Ich bin unschuldig!“

„Der Diener Habs sagte aus, Sie hätten anscheinend mit

„Das stimmt; wir konnten uns in einer Organisationsfrage nicht einigen, wurden beide heftig.“

„Pfliegen derartige Zwiste häufig zwischen Ihnen vorzu- kommen?“

„Nein, es war der erste Streit, den wir miteinander hatten.“

„Wie lange kannten Sie Herrn Rawley?“

„Seit vier Jahren. Ich lernte ihn während des großen Dokerstreiks in Newyork kennen.“

„Sie waren miteinander befreundet?“

„Er war mein bester Freund.“

„Sie bleiben bei Ihrer Aussage, daß Sie das Haus zwanzig Minuten vor acht verlassen haben?“

„Ja, Rawley meinte, wir würden uns über den strittigen Punkt ohnehin nicht einigen können und bat mich, zu gehen, da er noch arbeiten müsse.“

„Deffnete Herr Rawley Ihnen selbst die Tür?“

„Ja.“

„Begegneten Sie im Treppenhaus niemanden?“

„Nein.“

„Wohin begaben Sie sich, als Sie das Haus verlassen hatten.“

„Ich war von unserer Unterredung äußerst erregt, wanderte ziellos durch die Straßen.“

„Geben Sie zu, um ein Viertel vor Elf vor dem Haus, in dem Rawley wohnte, gestanden zu haben?“

„Ja.“

„Weshalb kamen Sie zurück, da doch Ihre Wohnung im ent- gegengesetzten Teil der Stadt liegt?“

„Ich hatte mir während meines Spazierganges die Sache überlegt, eingehender, Rawley sei im Recht gewesen. Ich wollte noch auf einen Augenblick zu ihm gehen, mich wegen meiner Heftigkeit entschuldigen, ihm sagen, ich sei nun anderer Ansicht, würde sein Vorgehen unterstücken. Rawley war, wie ich Ihnen bereits sagte, mein bester Freund, der Gedanke im Zorn von ihm geschieden zu sein, war mir unerträglich.“

„Sie eben also zu, daß Sie in jener Nacht noch einmal zu Rawley gingen?“

„Nein. Ich blickte zum Fenster auf, sah, daß alles dunkel war, dachte, Rawley sei bereits schlafen gegangen. Da ich wußte, er werde am folgenden Tage frühmorgens verreisen, wollte ich ihn nicht mehr stören.“

Der Untersuchungsrichter verzog spöttisch den Mund.

„Sie müssen leichtzugeben, daß diese Geschichte recht unwahr- scheinlich klingt.“

„Ich habe die Wahrheit gesprochen.“

„Recht war aus Ben Tower nicht herauszubringen, er wurde wieder in die Zelle zurückgeführt.“

Am folgenden Tage erhielt der Chef der Geheimpolizei einen anonyman Brief:

„Ich würde der Polizei raten, sich für Fräulein Ethel Lind- say, Broadway Nr. 18, zu interessieren. Diese junge Dame wurde am Abend des 30. April, also an dem Tage, da Herr Rawley ermordet wurde, gesehen. Sie betrat zehn Minuten nach Sieben das Haus, in dem Herr Rawley wohnte. Nie- mand sah sie das Haus verlassen! Es dürfte auch für die Polizei von Interesse sein, zu erfahren, daß Herr Rawley vor zwei Jahren mit Fräulein Ethel Lindsay verlobt war. Ein Freund der Gerechtigkeit.“

Grace Mathers ging nicht zum Begräbnis ihres Bräutigams; sie hätte ihren Schmerz nicht zu beherrschen vermocht, fürstete, am Grabe zusammenzubrechen.

Ein ungeheurer Leichenzug folgte dem Sarge. Zwar schienen die vornehme Welt, die oberen Zehntausend Newyorks, dafür aber kamen aus Kellerlöchern, aus Mansarden, aus Miet- kasernen, aus den schmutzigen Höhlen des Elends die Menschen gedrängt, für die der Tote gelebt und gekämpft hatte, denen er Freund und Verteidiger gewesen war. John Rawleys Eltern waren schon lange tot, mit seinen Verwandten hatte er sich zer- stritten; niemand von seinen Angehörigen gab ihm das letzte Geleit.

In der nächsten Nähe des Sarges schritt Samuel Rahen- stein, den ergrauten Kopf tiefer gesenkt. Aber trotz aller ehri- chlich empfundenen Trauer schweiften seine Augen ruhelos um- her; er suchte selbst hier nach der Spur des Mörders; denn er glaubte nicht recht an die Schuld des Negers, wußte, es wäre den Behörden äußerst genehm gewesen, das Verbrechen auf einen Schwarzen abwälzen zu können. Es war ein beliebter Trick der herrschenden Klasse, den Haß gegen die Neger aufzupeitschen. Derart die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von dem eigenen Delikt abzulenken.

Die Blicke des Hausierers fielen auf den Leichenzug, blieben an den Kranzpenden haften. Es waren weiß arm- selige kleine Kränze, die Gaben derer, die sich jeden Cent von- Mund absparen mußten, um dem toten Freund eine letzte Ehre zu erweisen; Feldblumen, Lannentränze, auch etliche aus künst- lichen Blumen, mit Glasperlen verziert. Ein Kranz von roten Rosen leuchtete farbenglühend auf, der stammte von Grace, das wußte der Hausierer, und neben ihm lag — Samuel Rahen- stein beschleunigte seinen Schritt, hastete dicht an den Leich-enzug heran, starrte mit geweiteten Augen auf einen bandge- schmückten Kranz aus Tuberosen.

(Fortsetzung folgt.)

